

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 26. Dezember. Se. Majestät der König haben Allernächst geruhet: Dem Bürgermeister Meulenberg zu Süsterfel im Kreise Heinsberg, dem ersten evangelischen Pfarrer, Dekan und Kirchenrat Keim zu Dillenburg im Regierungsbezirk Wiesbaden, und dem Superintendenten a. D. Pastor Seeliger zu Wüstebrücke im Kreise Ohlau den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Maurermeister Reinicke sen. zu Thorn den Königlichen Kronenorden vierter Klasse, ferner dem Rendanten und Redakteur des „Preußischen Staatsanzeigers“ Schwieger; so wie dem Rendanten der Instituten-Hauptkasse zu Breslau, Kelsch, den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, 26. Dezember Nachmittags. Die „France“ enthält Mittheilungen aus Florenz, denen zufolge Menabrea in seinen Bemühungen für die Neubildung des Cabinets besonders durch die Schwierigkeiten aufgehalten wird, welche die Beziehung des Ministeriums des Innern macht. Man glaubt, daß Menabrea vor dem 15. Januar keinen definitiven Entschluß in der vorliegenden Frage fassen werde; sollte jedoch das Parlament nach seinem Wiederzusammentritt sich in einem neuen Votum gegen das Ministerium aussprechen, so werde die Auflösung der Deputirtenkammer erfolgen.

Die „Presse“ erwähnt eines Börsengerüsts, nach welchem die päpstliche Regierung gegen die Auszahlung des italienischen Rentenkupons seitens des Hauses Rothschild Schwierigkeiten erhoben haben soll.

Paris, 26. Dezember. Gesetzgebender Körper. Fortsetzung der Debatte über das Armee-Gesetz. Das Amendement Lebretons, betreffend die Einführung einer Revisions-Behörde, wurde verworfen, desgleichen die Amendements Carnot und Glaiz-Bizoin, welche beantragten, daß diejenigen jungen Leute, welche sich darüber ausweisen, daß sie die Handhabung der Waffen kennen, nur ein Jahr dienen sollen. — Die Kammer trat darauf in die Diskussion des Amendements Louvet ein, welches beantragt, daß die Dienstzeit auf 8 Jahre reducirt werde, von denen 5 Jahre für den aktiven Dienst bestimmt sein sollen.

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Artikels 550. des Handelsgesetzbuchs wurde eingebracht.

Die Dividende der Bank von Frankreich ist für das zweite Semester des Jahres 1867 auf 49 Franks festgesetzt.

Florenz, 26. Dezember. Nachmittag. Über die Neubildung des Ministeriums liegen keine weiteren Nachrichten vor; man glaubt, daß sich dieselbe noch bis in die ersten Tage der nächsten Woche verzögern wird; über das zu erwartende Resultat herrscht die größte Ungewissheit. — Italienische Rente 51, Napoleonsd'or 22, 52.

Bukarest, 26. Dezember. Bei den Wahlen zur Deputirtenkammer haben die Liberalen im dritten und vierten Wahl-Kollegium mit großer Majorität gesiegt; es wurden gewählt: Johann Bratiano, Demeter Bratiano, Rosetti, Nikolaus, Golesco, Guloglu, Mehedintziano. Heute beginnen die Wahlen im zweiten Kollegium.

Politische Rundschau.

Im gesetzgebenden Körper hat Marshall Niel Deutschland ein neues Rätsel aufgegeben, da er das Märchen von einer Bedrohung Frankreichs durch die Nachbaren vorführt. Diese Nachbaren können keine anderen, als wir sein, das ist klar, aber der Marshall hat nicht gesagt, worin die Bedrohung gegen Frankreich liege, und es steht dahin, ob die Franzosen aufs Wort daran glauben werden. In der Opposition wenigstens wurde ihm offen widersprochen, und ob die allgemeinen Versicherungen von der Ministerbank diesmal genügen werden, neben den Flunkereien der Bonapartisten die Armee-Organisation durchzusetzen, mag dahin stehen. Deutschland wird übrigens vor der bedeutungsvollen Erklärung: „alle Soldaten werden im Frühjahr mit Chassepots bewaffnet sein“, nicht zittern, vielleicht gar nicht einmal daran glauben, und wenn — so sind die Chassepots eben nur Chassepots.

Nach den Mittheilungen aus Italien ist es wahrscheinlich, daß sie dort eher erprobt werden, als in Deutschland, da eine friedliche Ausgleichung mit dem neuen Ministerium und der liberalen Kammer für Erste um so weniger zu erwarten steht, als die neu erwachende bourbonische Reaktion Frankreichs Politik in Italien nicht populär machen kann. Mit dem Klerus und der Reaktion im Bunde hat Louis Napoleon seinen in Italien erworbenen Ruhm begraben, die einzige That, welche ihn in der Geschichte hätte verschönern können, vernichtet; er wird fortan unter die Feinde Italiens zählen. Man erwartet bestimmt, daß er Rom als seinen Hinterhalt benutzen wird, um dem Italien, das sich seiner Protektion entziehen will, in den Rücken zu fallen. Es wird aber nie ein italienisches Ministerium geben, das gesonnen ist, auf Rom zu verzichten, das haben schon die Erklärungen Rattazzi's klar gelegt, den unfundigen Skribenten leicht hin des Berraths an der Sache Italiens beschuldigten. Die Vorbereitungen zur letzten Invasion wurden zum Theil unter Ricasoli's, zum Theil unter Rattazzi's Verwaltung ausgeführt und waren vollständiger, als wir bisher gahnt. Wäre Rattazzi am Ruder geblieben, ständen die Dinge heute anders.

Rattazzi proklamirte in der Kammer das allein richtige Programm der italienischen Politik: nach Rom gehen, es komme, was da wolle. Etwas Schlimmeres konnte nicht eintreten, als die Fortdauer der französischen Okkupation; eine Armee, Italien niederzuwerfen, hatte Louis Napoleon nicht zur Hand und würde sie bei seiner heutigen Eintags-Politik auch nicht auf die Beine gestellt haben. Italien konnte den getroffenen Einleitungen gemäß ohne Scheu nach Rom gehen.

„Garibaldi“, so erzählt Nicotera, war ruhig auf Caprera und dachte nicht an den Marsch auf Rom, als vor dem General drei Männer erschienen, welche weder der Aktionspartei, noch der Mazzinistischen Partei angehörten, drei Mitglieder des römischen National-Komités, welche ihm erklärten: „Alles ist vorbereitet, es fehlt nur noch der zündende Funke! . . . Wir“, sagte Nicotera hinzu, waren gegen die Bewegung, mußten aber nachgeben. Ein vollständiges Expeditionsmaterial war an der Grenze beisammen, aber nicht durch uns, noch durch die Mazzinisten, sondern durch das römische Komité zusammengebracht, und dies Alles war unter dem Ministerium Nicafoli organisiert worden.“

Es sind noch andere Sorgen, die der Kaiser hat, als die aus der russischen Frage entspringenden. Auch die Berufung russischer Gesandter und Botchafter nach Petersburg mag ihm zu denken geben. Wenn der russische Botchafter in Paris die Diplomatie der Großmächte um sich sammelt, war es etwa, um Louis Napoleons Konferenzprojekt vorzubereiten? Nur die kindlichste Naivität könnte daran glauben. Man spricht in Paris auf den Straßen davon, daß es sich für Russland jetzt darum handele, Stellung gegen die Türkei zu nehmen, um zunächst die Revision des Vertrags von 1856 durchzusetzen und der Neutralisierung des Schwarzen Meeres ein Ende zu machen. Dies ist eine Angelegenheit, die Fürst Gorczakow mit gleichem Eifer betreibt, wie General Ignatiw, und wenn der erwartete Ministerwechsel nicht eintritt, so wird jenes Ziel der russischen Politik um nichts weniger verfolgt werden. Wenn die Polen richtige Witterung haben, und sie könnten es, so muß im Frühjahr der Krieg im Osten ausbrechen. In einer in russisch-Polen aufgefundenen Proklamation heißt es:

„Polen! Die moskowitzche Regierung bereitet sich — wie sichere Nachrichten melden, — zu einem neuen Raub- und Eroberungs-Zuge vor, um getreu dem politischen Testament Peter I. Europa zu unterjochen. Die Aktionen der Moskowitzen sind vorerst nach dem Orient geführt, wo sie durch Eroberung des türkischen Staates sich weiter auszubreiten, und von Konstantinopel aus dem übrigen Europa ihre Schreckensgezeuge zu distriktieren. Die Regierungen der westeuropäischen Staaten sind von diesen Plänen der Moskowitzen genau unterrichtet und rüsten sich zum Kampfe, dessen Ausgang wie bei Sebastopol nicht zweifelhaft sein kann. Polen! die Zeit des Friedens, ist an keinem einzige, und ihr mag auch vorbereiten, abermals als Avantgarde gegen die Räuber unseres Vaterlandes zu marschieren! Diesmal wird ganz Europa uns zur Seite stehen, denn es hat begriffen, daß der europäische Friede eine Chimäre ist, ohne die Wiederherstellung Polens! An Euch, welchen diese Zeilen in dem vom Erfeinde mit Füßen getretenen Vaterlande in der Verbogenheit zu Gesicht kommen, richten wir die Ermahnung, nicht zu verzagen, und für die große Stunde, die auch unserer Befreiung schlagen muß, bereit zu sein! Blickt auf Italien, Ungarn — ja selbst auf Deutschland, und Ihr werdet begreifen, daß jedes Volk, das seine nationale Größe und Unabhängigkeit mit eiserner Konsequenz anstrebt, dieselbe auch schließlich erreichen wird! Und wir Polen, die wir auf allen europäischen Schlachtfeldern der Freiheit stets die Ersten und Tapfersten waren, wir sollten unsere Freiheit nicht erlämpfen? Polen! Schiebt allen Parteistreit und innern Hader — der nur stets unsern Feinden Vorschub geleistet hat — bei Seite und konzentriert Eure ganze Kraft, Euer ganzes Handeln und Wollen nach einer Richtung: nach dem Ehrengange, der jeden Polen zur Unabhängigkeit, Freiheit und Größe seines Vaterlandes führen soll! Wer festen Schritts und unverwandten Blicks diesen Pfad wandelt, muß zuletzt an sein Ziel gelangen. Es lebe Polen! Krieg unsern Feinden!“ — Dieser Aufruf trägt statt der Unterschrift die Worte: „Vom Ausschuß der patriotischen Polen im Auslande“.

Diesen Umrissen gegenüber hat Kaiser Alexander die im Auslande lebenden Polen von der Amnestie ausgeschlossen, die strengere Überwachung des Königreichs wird nicht auf sich warten lassen.

Eine Art von Entente cordiale ist zwischen der polnischen Emigration und der hohen Pforte unzweideutig eingeleitet; derselben scheinen sich auch die sog. Jungtürken anzuschließen, welche jedoch den Fortbestand der Türkei von einer radikalen Reform abhängig machen, deren Möglichkeit Russland bestreitet.

Einer Reform der Türkei aus der Initiative des Sultans möchten in der That gleiche Schwierigkeiten entgegenstehen, wie einer Reform des Kirchenstaats durch den Papst. Hier wie da wird die Blut- und Eisentheorie wirksam werden müssen, um gesunde Zustände zu schaffen.

Das Misstrauen zwischen Russland und Frankreich hat sich nach den neuesten Depeschen wesentlich erhöht. Die offiziösen Blätter vermögen es nicht mehr zu vertuschen; daraus kann Italien nur Gutes erwachsen.

Man spricht der „Liberté“ zufolge in Paris viel von einer dem Marquis de Moustier durch den Baron von Budberg vor seiner Abreise nach Petersburg übergebenen Note des russischen Kabinetts. In diesem Dokument soll Russland sich ziemlich bitter über die Konsequenz der französischen Politik in den Angelegenheiten des Orients beklagen, indem es auf die Mitunterzeichnung der bekannten Erklärung der vier Mächte an den Sultan Seitens Frankreichs hinweist und auf die gleich darauf von Paris an Herrn Bourréé gesandte und im Gelbbuche publizierte Note. Man erinnert sich, daß diese Note bestimmt war, die durch die russisch-preußisch-italienisch-französische Erklärung erzielte Wirkung vollständig zu neutralisieren. Die „Liberté“ spricht von einer bevorstehenden Aufhebung der französischen Gesandtschaft in Dresden, wozu der vielbesprochene Toast des gegenwärtigen Inhabers dieses Postens, Baron v. Forth-Rouen, auf den König von Sachsen, in Folge dessen seine Abberu-

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, welche verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

fung beschlossen worden, den nächsten Anstoß gegeben haben mag. Die Akkreditirung des Grafen Goltz als diplomatischer Vertreter des Norddeutschen Bundes, wogegen Frankreich selbstverständlich keine Einwendungen erhebt, wird in Paris schon in den nächsten Tagen erwartet.

Deutschland.

Preußen. V. Berlin, 26. Dezember. Heute ist im Abgeordnetenhaus der vom Abgeordneten Krug v. Nidda erstattete Bericht der Budget-Kommission über das Gesetz betreffend die Entschädigungssummen für die depositierten Fürsten erschienen. Wenentlich Neues wird darin nicht mitgetheilt. Von Interesse ist nur die offizielle Biedergabe der ministeriellen Anführungen infolfern, als, wie an dieser Stelle bereits meldet worden, bei der Feststellung des Berichtes der Ministerpräsident eine weniger präzise Reproduktion seiner Ausführungen für zweckmäßiger und wünschenswerther erachtete. In dem Bericht ist denn nach dieser Richtung hin auch Alles in weiten Umrissen gehalten und auch nie von einzelnen plädirenden Ministern (es sprechen Graf Bismarck und Freiherr v. d. Heydt), sondern nur von „Vertretern der Staatsregierung“ die Rede. — In dem Bericht selbst heißt es:

„Seitens der Herren Vertreter der Staats-Regierung wurde zur Sache ausgeführt:

Die Staatsregierung habe wohl erwogen, daß man darüber streiten könne, ob rechtlich den depositierten Fürsten überhaupt eine Abfindung und zu welchen Beträgen eine solche zu gewähren sei. Sie sei aber von der Überzeugung geleitet gewesen, daß überwiegende politische Gründe die starre Seltendmachung des ihr vielleicht günstigeren juristischen Gesichtspunktes widerstreichen. In diesem Sinne sei sie in die Verhandlungen zum Zweck eines vertragsmäßigen Abkommen mit den depositierten Fürsten eingetreten. Es sei ihr nicht zweifelhaft gewesen, daß sie, da das Gesetz vom 20. September 1866 der Staatsregierung in den neu erworbenen Landesteilen bis zum 1. Oktober 1867 völlig freie Hand gelassen, zum Abschluß der vorliegenden Verträge durchaus berechtigt gewesen sei. Dagegen habe von Hause aus keineswegs die Absicht obgewaltet, die zugunsten der Abfindungen aus dem durch Gesetz vom 28. Sept. 1866 bewilligten Kredit zu entnehmen. Um die Ausgleichung mit den depositierten Fürsten herbeizuführen, hätten andere Wege offen gestanden, namentlich Verwendung der mit den neuen Landesteilen übernommenen Aktiv-Kapitalien, sowie Entäußerung oder Befreiung des dortigen Domainenbezirks. An eine Befreiung oder nachträgliche Genehmigung des Landtages würde die Staatsregierung bei der Verfügung über die Objekte nicht gebunden gewesen sein; sie habe es indessen dem Lande für erübrigt, von temporären Verwendungen abzusehen. Insbesondere habe sie die Substanz des unbeweglichen Staatsgegenstands ungeschmälert erhalten, so wohl wegen des steigenden Ertrages der Domainen, als im Hinblick auf die Bedenken, welche ein so erheblicher Grundbesitz der früheren Landesherren in den betreffenden Territorien hätte erregen müssen. Auf den durch das Gesetz v. 28. September 1866 eröffneten Kredit sei sie zurückgegangen, eintheilig mit dem Bemühen, daß es dazu der nachträglichen Befreiung des Landtages bedürfen würde, welche ja auch durch die Vorlegung des Reichsvertrags beantragt worden sei; andererseits in dem Vertrauen, daß der Landtag ebenfalls die Benutzung der durch den Kredit beschafften Mittel als die vortheilhafteste Art der Ausgleichung anerkennen und dieselbe gutheißen werde.

Was die Höhe der gewährten Abfindungssummen anlangt, so sei man davon ausgegangen, daß der Standpunkt der preußischen Staats-Regierung, welche den Krieg des vorigen Jahres in Verfolgung hoher nationaler Ziele geführt habe, verduntelt und verschoben werden würde, wenn die depositierten Fürsten neben dem Verlust ihrer Souveränität eine Einbuße an ihren früheren Einkommensbezügen erleiden sollten. Suden sei es der Würde der preußischen Krone gemäß erschien, jenen alten Fürstengeschlechtern reichlich die Mittel zu bieten, die sie in den Stand seien, ihre Hofsatzung entsprechend ihrer Vergangenheit und hervorragenden Stellung fortzuführen zu können. Für die Höhe der Abfindungen komme ferner in Betracht, daß in erster Linie das Domänenvermögen von den depositierten Fürsten in Anspruch genommen worden sei, und daß, wenn ein Eigentumsrecht derselben an diesem Vermögen auch nicht zu gestanden werden könne, die rechtliche Lage der Sache doch eben so wenig außer Zweifel gestanden habe. Vor Allem aber würden die Opfer, welche bei einer niedrigeren Abfindung hätten erspart werden können, durch den tatsächlichen Vorbehalt aufgewogen, daß die depositierten Fürsten sich zu einer vertragsmäßigen Regelung ihrer Einkommensverhältnisse hätten bereit finden lassen. Indem sie finanziell nicht nur nicht ungünstiger wie früher, sondern noch vortheilhafter gestellt worden, und indem sie eine solche Ausgleichung freiwillig angenommen, finde die Staats-Regierung sich zu der Annahme berechtigt, daß sie auch ohne ausdrückliche Chronentagung die neue Ordnung der Dinge anerkannt hätten. Hierin begegne sie der Auffassung mächtiger befreundeter Höfe, und desselben Eindruckes dürfe sie sich bei den früheren Unterthanen der depositierten Fürsten versichert halten.

In der Kommission herrschte darüber Übereinstimmung, daß die Verträge als solche der gesetzlichen Sanktion, gemäß Art. 48. der Verfassungs-Urkunde, nicht bedürfen, da sie eben nicht mit fremden Regierungen, sondern mit Privatpersonen geschlossen sind; auch erkannte man an, daß die Verträge namentlich aus den Seiten der Staats-Regierung hervorgehoben Gründen ein Anerkennung der gegenwärtigen Zustände und somit einen stillschweigenden Verzicht auf die Regierungsrechte Seitens der Depositenten enthalten.

Es folgen in dem Berichte nun die von den verschiedenen Mitgliedern der Kommission aufgeworfenen Bedenken. Dunn heißt es u. a.:

Auf ergangene Anfrage bemerkten die Herren Vertreter der Staatsregierung, daß die in dem Vertrage vom 18. September §. 1 Nr. 3 und im Vertrage vom 29. September §. 6 erwähnten Pensionen ic. nicht auf das preußische Kronidomänenkommissariat übernommen werden sollen und daß dieselben zum Theil schon in dem vorliegenden Budget Aufnahme gefunden haben; sie hoben hervor, daß die dafür erforderlichen Summen durchaus nicht übermäßig sein würden, da die betreffenden Fürsten sicher nicht ihre gesamte Domänen entlaufen würden, die etwa Entlaufenen aber noch großenteils Verwendung in diesbezüglicher Verwaltung bei verschiedenen Instituten würden finden können. Eine Vorlegung der in dem Vertrage gedachten Anlagen wurde seitens der Staatsregierung im Interesse der beteiligten Privatpersonen nicht für wünschenswert erachtet, auch seitens der Kommission, da von der Landesvertretung eben die Verträge als solche nicht genehmigt sind, nicht beantragt.

In Folge der Erwähnung in der Kommission, daß die Regierung zur Abfindung des Königs Georg nicht 16 Millionen Thaler würde zu verwenden haben, da König Georg verschiedene Fonds weggeführt, auch sonst ihm nicht zu stehende Gelder an sich genommen und Intraden davon bezogen habe, diese Summen ihm aber auf die zu zahlenden 16 Millionen anzurechnen seien, erwiderten die Herren Vertreter der Staatsregierung, daß diese Anrechnungen allerding auf die Abfindungssumme würden stattzufinden haben, daß darum aber sich der Staatsregierung zu bewilligende Betrag nicht ermäßige, da diese zur Anrechnung kommenden Summen denjenigen Fonds zugeführt werden mühten, aus denen sie König Georg entnommen. Es wurde ferner seitens der Herren Vertreter der Staatsregierung hervorgehoben, daß nach §§. 6 und 10 des Vertrages vom 29. September 1867 noch eine detaillierte Abrech-

nung mit dem König Georg, wie sie mit dem Herzoge von Nassau schon erfolgt ist, bevorstehe. Sie könne eben jetzt noch nicht erfolgen, sobald sie erfolgt sein wird, werde darüber Rechnung gelegt und budgetmäßige Bestimmung beantragt werden.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde noch bemerkt, daß es durchaus nicht wünschenswerth sei, dem König Georg die Abfindungssumme früher zur freien Disposition zu stellen, bevor er nicht auf die Krone Verzicht geleistet habe und da nach §. 4. des Vertrages vom 29. September 1867 über die Zahlung und Verwaltung der Abfindungssumme noch definitive Anordnungen vorbehalten seien, beantragt in diesem Sinne einen Zusatz zu dem vorliegenden Gesetzentwurfe zu machen.

Auch von einem anderen Mitgliede wurde ein Zusatz zu dem Gesetzentwurfe dahin gehend, daß der Landesvertretung bei der noch nach §. 4. des Vertrages mit König Georg vorbehaltenen Verhandlung über die Verwaltung der Abfindungssumme eine Mitwirkung resp. Genehmigung der zu treffenden definitiven Vereinbarung gewahrt bleibe, in Anregung gebracht, indem hervorgehoben wurde, daß es nicht wünschenswerth sei, dem König Georg die freie Disposition über das Abfindungskapital einzuräumen.

Dem entsprechend wurde vorgeschlagen, am Schlusse des vorgelegten Gesetzentwurfs folgende Bestimmung hinzuzufügen:

"vorbehaltlich der Zustimmung der Landesvertretung zu den im §. 4. des mit dem König Georg abgeschlossenen Vertrages vom 29. Sept. 1867 vorgenommenen besonderen Anordnungen und definitiven Vereinbarungen"

Seitens der Herren Vertreter der Staats-Regierung wurde hierzu bemerkt, daß es nicht Absicht der Staats-Regierung sei, die freie Disposition über das Abfindungskapital dem König Georg einzuräumen, da eine solche möglicher Weise sowohl die preußischen Interessen, so wie auch die der beteiligten Aquaten gefährden könnte, es sei vielmehr die bestimmte Absicht, die Mitwirkung der preußischen Regierung bei der Verwaltung des Kapitals zu sichern. Darüber, wie diese Mitwirkung zu sichern sei, habe bisher unter den hohen Kontrahenten eine Einigung nicht erzielt werden können und habe deshalb, wie im §. 4. des Vertrages geschehen, die definitive Vereinbarung über diesen Punkt noch vorbehalten werden müssen. Hierauf würde es vielleicht des beantragten Zusatzes überhaupt nicht bedürfen, doch habe die Staatsregierung, falls darauf Werth gelegt würde, kein Bedenken, demselben ihrerseits zuzustimmen.

Nachdem das dahin ziende Amendment, dem König Georg die Abfindungssumme erst auszuzahlen, wenn er auf die Krone von Hannover ausdrücklich Verzicht geleistet habe, sowie ein anderes mit dem oben erwähnten Amendment im wesentlichen gleichlautendes zu Gunsten jenes zurückgezogen worden war, wurde zunächst über das Amendment

dem Gesetz-Entwurfe am Schlusse die Worte hinzuzufügen:

"vorbehaltlich der Zustimmung der Landesvertretung zu den im §. 4. des mit dem König Georg abgeschlossenen Vertrages vom 29. September 1867 vorgenommenen besonderen Anordnungen und definitiven Vereinbarungen" abgestimmt und dasselbe einstimmig angenommen.

Demnächst wurde auch der vorgelegte Gesetzentwurf mit diesem Zusatz mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Demgemäß beantragt die Kommission zur Prüfung des Staatshaushaltsgesetzes:

das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den Gesetzentwurf, betreffend die Besteitung der dem König Georg und dem Herzog Adolph zu Nassau gewährten Ausgleichssummen in folgender Fassung anzunehmen:

Gesetz, betreffend die Besteitung der dem König Georg und dem

Herzog Adolph zu Nassau gewährten Ausgleichssummen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Die Besteitung der an den König Georg mit 16 Millionen Thalern und an den Herzog Adolph zu Nassau mit 8,892,110 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. gewährten Ausgleichssummen aus dem durch das Gesetz vom 28. September 1866, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf des Militär- und Marine-Verwaltung und die Dotirung des Staatschages (Gesetzesammlung S. 607) eröffneten Kredit wird auf Grund des Vertrages vom 18. und vom 29. September 1867 genehmigt, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags zu den im §. 4. des mit dem König Georg abgeschlossenen Vertrages vorgenommenen besonderen Anordnungen und definitiven Vereinbarungen.

Berlin, den 20. Dezember 1867.

Wie das "Mil.-Wbl." vernimmt, hat Se. Maj. der König nunmehr folgende, speciell die Truppen betreffende Entschuldungen vom 1. Jan. f. J. ab zu genehmigen geruht: 1) Sämtliche Regiments-Kommandeure der Garde- und Linientruppen (mit alleiner Ausnahme des Kommandeurs des Regiments Garde du Corps, welcher sein bisheriges Gehalt fortbezieht) erhalten ein Gehalt von 2600 Thlr. jährlich. 2) Das Gehalt sämtlicher Premier- und Sekonde-Lieutenants wird um 60 Thlr. erhöht (exkl. der Zeug-Lieutenants). 3) Das Durchschnittsgehalt der Aerzte wird erhöht, und zwar: für die Korps-General-Aerzte von 1500 auf 1800 Thlr., für die Ober-Stabsärzte von 1000 auf 1150 Thlr., für die Stabsärzte von 500 auf 600 Thlr., für die Assistenzärzte von 300 auf 360 Thlr., resp. von 240 auf 300 Thlr. 4) Das Durchschnittsgehalt der Zahlmeister wird von 430 auf 500 Thlr. erhöht. 5) In Stelle der seitherigen Wachtmeister- resp. Sergeanten-Löhnung wird für

die Stabs-Rohärzte ein Gehalt von 300 Thlr., für die Rohärzte ein solches von 216 Thlr. und für die Unter-Rohärzte ein solches von 180 Thlr. jährlich etatmäßig. Die bisherigen Alterszulagen von monatlich 4 Thlr. für die Stabsrohärzte und von 2 Thlr. für den Roharzt resp. Unterroharzt werden vom 1. Januar f. J. ab nicht mehr gewährt. 6) Das fixire Einkommen der Büchsenmacher wird auf 230 Thlr. jährlich festgesetzt, welches monatlich mit 19 Thlr. 5 Sgr. zu zahlen ist. 7) Sämtliche Mannschaften vom Feldweibel abwärts erhalten außer dem ortsüblichen extraordinairen Verpflegungszuschuß zur Gewährung einer besseren Natural-Verpflegung einen Verpflegungszuschuß von 3 Pf. pro Kopf und Tag. 8) Die zu den Übungen einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes erhalten an Stelle des Meilengeldes von 3 Sgr. 9 Pf. pro Tag das Reisegeld der Reservisten von 6 Sgr. 3 Pf. pro Tag. 9) Der Pferdestand einer jeden Fußbatterie wird um 3 Reitpferde erhöht. 10) Die Zahl der Lieutenants-Stellen bei den Kavallerie-Regimentern zu 5 Eskadron wird festgestellt auf 5 Premier- und 13 Secondlieutenants-Stellen. 11) Für die Führer der Strafabtheilungen bestehen 10 Hauptmanns-Stellen zu 600 Thlr. Gehalt und 16 Premierlieutenants-Stellen mit dem Chargengehalt der Infanterie.

In den letzten Tagen ist an sämtliche Truppen-Kommandos und Administrations-Branchen der Armee der Mobilisationsplan für das gesamte Norddeutsche Bundesheer zur Verausgabung gekommen. Derselbe ist, wie der "R. B." berichtet wird, von Sr. Majestät dem König von Preußen als Bundesherren durch Ordre vom 7. November genehmigt und mit seltener Klarheit und Kürze redigirt, so daß den zu der altpreußischen Arme hinuntertretenden Truppenkörpern in keiner Weise Zweifel über ihre Funktionen im Falle einer Mobilisierung erwachsen können. Es finden in demselben eben so wohl die Feld-, wie die Erkundungs- und Belägerungsstruppen, wie endlich auch sämtliche zu einer mobilen Armee gehörigen Verwaltungsbranchen bezüglich ihrer Formation und Komplettierung erföpfende Berücksichtigung. — Der König hat genug, daß der Antrich der Schilderhäuser in den Garnisonen derjenigen Bundesstaaten, hinsichtlich deren dies nicht bereits konventionsmäßig festgelegt ist, in den bezüglichen Landesfarben hergestellt werde. — Es soll zwischen die Charge der Regimentsärzte und der Korps-Generalärzte eine Zwischeninstanz, die von Divisionsärzten gesetzt werden, welche letztere den Stand von Ober-Stabsärzten einnehmen würden. Bei dieser Neuformierung würden 22 neue Stellen (11 Armeeforps) freit werden und so für ein besseres Advance-Instanz der immer noch nicht genug situierten Militärärzte vorläufig gesorgt sein.

— Die Zahl der noch in den hiesigen königlichen Lazaretten und Privat-Heilanstalten befindlichen Verwundeten und sonstigen Kranken aus dem letzten Feldzuge hat sich bedeutend verringert und beträgt zur Zeit nur noch 23.

— Die "R. P. B." schreibt: Der Kriegsminister von Noor hat einen dreimonatlichen Urlaub und wird sich am 28. oder 30. d. M. mit einem Theile seiner Familie zunächst nach dem südlichen Frankreich begeben. Im Kriegsministerium wird der General der Infanterie v. Noor durch den Generalleutnant v. Podbielski und im Marine-Ministerium durch den interimistischen Direktor im Marine-Ministerium Kontre-Admiral Fachmann, vertreten werden. Um die Dementis, die wir theilweise in Bezug auf diese Neige des Herrn Kriegsministers erfahren haben, auf ihren wirklichen Bestand zurückzuführen, bemerkten wir aus zuverlässiger Quelle, daß die Krankheit des Herrn v. Noor lediglich auf einem chronischen Leiden der Revolutionärsexcuse beruht und keineswegs Herz oder Blut, wie reizrichtig behauptet werden, berührt. Es kommt im Moment nur darauf an, daß der Kriegsminister mit der Arbeit verschont bleibt und sich den ganzen Tag im Freien aufzuhalten könne. Das Erstere wäre auch hier möglich; aber zu Letzterem gehört die Einwirkung eines südlichen Klimas. Wir hegen jedenfalls die Hoffnung, daß Hr. v. Noor neu gekräftigt nach Ablauf seines Urlaubs die Geschäfte des Kriegsministeriums wieder übernehmen wird.

— Der "Staats-Anzeiger" enthält nachstehende amtliche Erklärung: Ein belgisches Blatt, "La Finance", hatte schon vor einigen Wochen die Behauptung aufgestellt, daß fünf große Pariser Journals Subventionen von Preußen erhalten hätten. Die königliche Regierung würde diese Erfindung ebenfalls der Beachtung werth gehalten haben, wie so viele ähnliche, wenn die Behauptung der belgischen Presse nicht in der französischen gesetzgebenden Versammlung zur Sprache gebracht worden wäre, ohne daß, wie es scheint, ihre unbedingte Wahrheitswidrigkeit sofort erkannt worden ist. Wir sind ähnlich zu der Erklärung ermächtigt, daß jene Behauptung im Ganzen wie im Einzelnen in Bezug auf jedes der genannten Blätter und auf jeden Theil der angegebenen Summe unwahr und erfunden ist.

Klassische Boden der Niederlichkeit. Nun tanzten ehrbare Leute darin. Aber Tanzmeister, welcher hier vor dem Rokoko deutsche Überzeugung geleitet hatte, stand mitten im Saale, und seine hier oft gehörte Stimme wollte einem Herrn, mit dem ich sprach, wie Unkenschreier einer kommenden Zeit erlösen, wo die Schleppträgerinnen der Venus vulgivaga auch dieses schöne Volk wieder überfluteten und in Besitz nehmen würden. Mit dem hier bezeichneten Gesindel nimmt es ja leider furchtbar überhand, und man hört die lebhafte Klagen darüber führen, wie ganze Stadtgegenden, wo sie mit ihren Louis nönen, nur mit Lebensgefahr betreten werden können. Geradezu täglich kommen Raubansfälle vor und fast immer entpuppen sich die Täter als jene niedrige Menschenklasse, welche aller Scham Ade gesagt hat; arbeitschöne Männer, welche feilen Dirnen als Begleiter, Rächer und Unterstützer in ihrer Schande dienen, über die Opfer, welche sich nicht ganz aussprechen lassen wollen, herfallen, und dann, wenn einmal vor Gericht gezogen, etwa noch Parallelen mit sich und dem Richter ziehen, wie es in diesen Tagen geschieht. Ein solcher Gaudieb hatte die Frechheit, dem Beamten ins Gesicht zu sagen, er ließe seine "Geliebte" eben so wenig beleidigen, wie der Richter seine Frau. Und diese Geliebte hatte einem Goldarbeitergehülfe 15 Silbergroschen abpressen, ihn eventuell zwingen wollen, neben den ihr gewährten 5 Sgr., ihr wenigstens statt der fehlenden 10 Sgr. einen Hund abzukaufen. Als auch dieses verweigert wird, fällt der "Louis" sammt seiner "Braut" über den undankbaren Liebhaber her. — Das läßt sich gar nicht recht deutlich beschreiben, ist aber auch nur ein schwaches Próbchen von dem, was täglich vorkommt. — Es ist kaum eine Woche her, als ein 18jähriger taubstummer Mensch einem Braunerimmer der gemeinsten Art, wahrscheinlich von ihr in ihr Zimmer gelockt, den Hals abgeschnitten hat. Wo ist die Waage, welche hier das wirkliche Recht abwägen kann?

Welche Aufmerksamkeit solch dunklen Vorgängen übrigens von der Sicherheitsbehörde mehr und mehr zugewandt wird, geht zum Theil auch aus dem neuesten Kostenachweis der Berliner Polizeiverwaltung hervor. In demselben findet sich heuer zum ersten Male ein Posten von 4680 Thlr. für "Civilkleider und Bekleidungen" der Beamten der Kriminal- und Sittenpolizei, sowie zu dem Zwecke, es diesen Beamten möglich zu machen in "Wirthshäusern", die von der Verbrecherwelt besucht werden, "zur Wahrung des Inkognitos" sich eben so zu verhalten, wie alle "anderen Gäste". Es müßte kluglich sein, in einer großen Stadt zu wohnen, böte nicht gerade eine solche wieder aus dem Füllhorn ihrer Erscheinungen Wurf um Wurf die schönsten Blüthen des Menschenthums dar. Viele tausend Hände regen sich zum Geben, das die Verheilung der Seligkeit für sich hat. Doch was will das sagen, wenn der Reiche sich diesen Kreditbrief auf den Himmel ausstellt. Aber gestern sah ich eine arme Frau, welche treppauf, treppab laufend ihr Brot mühselig damit verdient, daß sie um Arbeit für ihren Mann, einen Scheerschleifer, bittet, der, seinerseits steif vor Kälte, an seinem Rade auf der Straße arbeitet. Und diese Frau und ihr Mann haben, ich weiß es genau, seit Wochen eine arme Familie unterstellt, welche in gar keiner Beziehung zu den Leuten steht, sondern krank und elend auf den barmherzigen Gott gewartet hat, als dessen Sendboten der Scheerschleifer sammt Frau erschienen sind. Befragt um die direkte Ursache dieser Gütthat, antwortete der Mann abwehrend: "Um jar nisch!" — Weil sie

— Die sehr umfassenden und schwierigen Arbeiten zur Feststellung und Vertheilung des nach §. 4 des Grundsteuer-Entschädigungsgesetzes vom 21. Mai 1861 ausgesetzten Gesamt-Entschädigungskapitals für die bisher verfassungsmäßig von der Grundsteuer befreiten oder hinsichtlich derselben bevorzugten Güter, Grundstücke und Städte sind, wie der "Staatsanzeiger" berichtet, nunmehr zum Abschluß gelangt und ist der darüber im lgl. Finanzministerium aufgestellte Theilungsplan, vorbehaltlich der in Folge nachträglicher Anerkennung von Theilnahme-Ansprüchen für einzelne Grundstücke etwa noch aufzustellenden Spezialpläne am 23. d. M. von der Grundsteuer-Entschädigungskommission bestätigt worden. Darnach kommt das Gesamtkapital, welches gemäß §§. 4 folg. a. a. D. durch den 13½-fachen Betrag der für sämtliche theilnahmeberechtigten Güter, Grundstücke und Städte ermittelten bisherigen landesüblichen Grundsteuer gebildet worden ist, auf 8,029,897 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf., und der Kapitalsanteil jedes einzelnen zur Theilnahme berechtigten Grundbesitzers, resp. jeder einzelnen theilnahmeberechtigten Stadt auf 9 Thlr. 2 Sgr. 0,4 Pf. für jeden Thaler des seit dem 1. Januar 1865 an neuer Grundsteuer zu entrichtenden Mehrbetrages zu stehen. Die Bezirksregierungen sind wegen der schleunigsten Berechnung der den einzelnen theilnahmeberechtigten Grundbesitzern und Städten zustehenden Kapitalsanteile und der daraus entfallenden Staatschuldverschreibungen und baaren Geldbeträge nebst Zinsen seit dem 1. Januar 1865 mit Anweisung versehen, so daß die Auszahlung der diesfälligen Entschädigungsbeträge an die legitimirten Interessenten zu Anfang des künftigen Jahres mit Sicherheit zu erwarten steht.

— Es sind von verschiedenen Seiten an die Regierung Anträge gestellt worden, die auf die Ausgabe s. g. Prämiens-Pfandbriefe, d. h. solcher hypothekarischen Obligationen, deren Rückzahlung durch eine mit Prämien verbundene Auflösung erfolgt, abzwecken. Man hofft für die mit solchen Privilegien ausgestatteten Papiere auf dem Geldmarkte, der sich bisher den Hypotheken-Certificaten durchaus nicht hold gezeigt hat, eine willigere Aufnahme zu Wege zu bringen. Nach einer der "B. B.-Z." zugehenden Information hat sich die Regierung nunmehr aber principiell gegen die Ausgabe jedes derartigen privativen Loospapiers entschieden und wird daher nirgends den oben erwähnten Anträgen Folge geben.

— Nach Auflösung der zur Entlastung der Einnahmen und Ausgaben in den neuen Landesteilen nur für das nächste Jahr noch bestehenden Rechnungs-Kommissionen wird auch die Ober-Rechnungs-Kammer die allgemeine Behörde für die Entlastung werden. Auch die theilweise in den neuen Provinzen bestehenden Staatschulden-Verwaltungen werden, sobald es thunlich ist, mit der Hauptverwaltung der Staatschulden vereinigt.

— Da mit dem 1. Jan. das neue Apotheker gewicht in ganz Preußen eingeführt wird, so darf nach der Ministerialverfügung von diesem Tage ab das bisherige alte Medizinalgewicht in fetter Apotheke mehr geführt und benutzt werden. Rezepte, welche nach dem jetzigen alten Gewicht verordnet sind, müssen von den Apothekern, so weit es sich um die Gewichtsanfälle handelt, von den alten in die neuen Gewichtsanfälle umgesetzt werden. Die Umsetzung eines jeden Gewichtsanflasses ist bei Vermeidung von Ordnungsstrafen, auf dem Rezept jedesmal zu notieren. Jedem Rezeptarius muß eine genaue und richtige Gewichtsverwandlungs-Tabelle stets zur Hand sein.

— In der nord-schleswigschen Frage verlautet die dänische Regierung, schon fest entschlossen, die Verhandlung mit Preußen wegen der Wiederabtretung von Nordschleswig einem Specialbevollmächtigten zu übertragen, ohne übrigens Herrn v. Quaade von dem Gesandtenposten abzubringen, sei durch eine aus Berlin ihr zugelommene anderweitige Mitteilung, welche einer rascheren Verlauf der Verhandlung in Aussicht stellt, bewogen worden, vorläufig alles beim Alten zu belassen. Herr v. Quaade werde daher nach den Feiertagen auf seinen Posten zurückkehren, mit möglichst entgegenkommenden Instruktionen versehen, namentlich in Bezug auf die Territorialfrage.

— Man spricht hier neuerdings davon, daß Frankfurt eine eigene Regierung oder eine sonst von Wiesbaden unabhängige Stellung unter dem Oberpräsidium in Kassel erhalten sollte.

— Wie das "Polizeiblatt" berichtet, hat hier selbst in der Nacht zum letzten Sonntags die 51 Jahre alte Chefrau eines Eisenformers, welche schon seit meh-

hungig waren, des is grade Ursache genug! und weil das Geschäft gut gegangen is, und weil unser Sohn doch mal in Böhmen bejahren liegt und wir ihm nicht mehr jeben können! Also!"

Es liegt eine ganze Tonleiter von Empfindungen in der Aufführung dreier Ursachen, von denen den guten Leuten jede einzelne genug schien, um zu thun, was sie gethan. Nun ein ander Bild! und zwar ein Bild im wahren Sinne des Worts. Aus der Fluth von Weihnachtsneugkeiten greife ich zu näherer Beschreibung gern ein wirkliches Kunstwerk heraus, menngleich, oder auch gerade weil in demselben die Kunst und die Industrie sich die Hand reichen. Stobwasser's hiesige Fabrik von Bleuchtungsmitteln aller Art, deren Chef der selbst bestiegene Kommerzienrat Gustav Stobwasser, hat damit bewiesen, wie das an sich unbedeutendste Ding, diesesmal ein Lampenschirm von Papier edelfester Kunstgeflügelung fähig ist. Fünf Zeichnungen von Max Lobde, dem durch seine Kompositionen rasch berühmt gewordenen Schuler Cornelius für diesen Zweck entworfen, stellen auf dem Schirm den Raub des Feuers durch Prometheus dar und zwar in folgenden Gruppen: Prometheus zwischen seinen Gebilden ohne Feuer; Prometheus steht dem scherenden Zeus das Feuer; Samymed sucht den zürnenden Zeus zu besänftigen; der gefesselte Prometheus vom Adler zerfleischt; Herkules bereit den Prometheus. Diese prächtigen Zeichnungen, kräftig von des Hintergrundes satter Färbung abgehoben und eingerafft von Arabesken und Kränzen in antikem Geschmack, dürften nur fünf Wandstücken eines Museums füllen, um zu Werken sehr hohen Ranges gezählt zu werden. Sollen wir es der hehren Göttin Kunst nicht doppelt Dank wissen, wenn sie niederschlägt ins gewöhnliche Leben und unsere Häuser und Zimmergeräthe mit ihrer Gegenwart verklärt?

Wir können heute schließlich noch einen interessanten Blick in den Geldbeutel des Magistrats thun, der immer noch an den Decken seines Deficits von 1,229,115 Thlrn. laborirt und wieder und wieder auf eine Erhöhung der Mietsteuer anträgt. Im Ferneren schlägt derselbe eine neue Anleihe von 3 Millionen Thalern vor, davon zur Niederhaltung der Stadtmauer und Anlegung von Straßen an deren Stelle 250,000 Thlr., Neubau der Schillingsbrücke 100,000, Anlage zweier Parks 150,000, Bau eines Krankenhauses 800,000, eines Irrenhauses 700,000, Errichtung zweier neuer höherer Lehranstalten 200,000, Bau der dorothäntischen Realküche 100,000 und zur Beendigung des Rathausbaues 500,000 Thlr. Nebrigens entsteht ein öffentlicher Bau nach dem andern; erst Markthalle, Thomaskirche und nun ein Laboratorium in der Georgstraße vom Baumeister Hoffmann, dessen Fassade durch viele Medaillonsbilder verdiente Naturforscher, und das Treppenhaus durch die Büsten von Dumas, Faraday, Liebig und Wöhler geschmückt ist.

Robert Geißler.

Theater.

Graf Essex. Trauerspiel in 5 Akten von Heinrich Laube. Wohl nicht oft ist der Laube'sche "Essex" in würdiger Darstellung über eine deutsche Bühne gegangen, als gestern hier; es scheint, daß

eren Jahren an temporärem Wahnsinn leidet, ihren Mann und ihre Tochter mörderisch überfallen, indem sie mit einem Holzbeil in deren Schlafzimmer eintrat. Man fand Vater und Tochter im Blute schwimmend am Boden. Die Tochter, 16 Jahre alt, wurde durch die zur Hölle gerufenen Arzte wieder zum Bewußtsein gebracht; doch ist ihre Verwundung lebensgefährlich. Der Vater, 64 Jahre alt, gelangte nicht mehr zur Besinnung. Die wahnsinnige Frau, schon früher zweimal in der Irrenanstalt der Charité, zeigte in den letzten Tagen vorher neue heftigere Anfälle des Irreinseins und sollte wieder in die Anstalt gebracht werden. Die Frau eines anderen Arbeiters hatte in der Nacht bei der Unglücksstätte bis gegen halb drei Uhr gewacht und war dann von dem Cheman der selben abgeholt worden. Die Wächterin war kaum in ihr Zimmer getreten, als sie durch einen Gescheide zurückgerufen wurde und das Entsetzliche sah. Die Wahnsinnige ist nach der Charité gebracht.

Nach der „A. A. Z.“ sind bereits 1000 Stück Infanterie-Kanonen des amerikanischen Modells von Gatling allein bei der Agentur der Herren Broadwell u. Co. in Karlsruhe bestellt worden, und zwar 400 Stück für die französische, 200 für die russische, 100 für die österreichische, 100 für die italienische, 100 für die belgische und 100 für die holländische Regierung. Diese Aufzählung wirft ein eigenhümliches Licht auf die friedlichen Absichten und Aussichten, mit denen man allenfalls dem neuen Jahr entgegengeht.

Erwähnenswerth, zumal für Deutschland, ist ein Libellenprozeß gegen die Londoner „Times“, der jetzt zu ihren Gunsten entschieden wurde. Er drehte sich um die Frage, ob eine englische Zeitung zur Verantwortung gezogen werden dürfe für Reden, die im Parlamente gehalten und von ihr wiedergegeben wurden. Der Lord Oberrichter von England entschied, daß die Berichterstattung aus dem Parlamente zu den unantastbaren Vorrechten der Presse gehöre.

Bonn, 19. Dez. Adressen an den König in der römischen Angelegenheit sind von fast allen größeren rheinischen Städten, Köln, Aachen, Koblenz, Düsseldorf, Krefeld, abgegangen, auch von kleineren Städten, wie Gustavsburg, Stolberg, Emmerich, Voerde u. a. Von hier wurde die am 8. d. geschlossene Adresse mit 2220 Unterschriften städtischer Bürger heute nach Berlin abgeschickt. Es heißt darin: „Unverkenbar ist es, daß die französische Regierung ein Protektorat über die weltliche Herrschaft des Papstes erstrebt, daß sie durch den in den letzten Seit wirksam dem heiligen Vater geleisteten Beistand sich den Dank aller Katholiken verdient hat und so einen großen Schritt vormärts auch zu ihrem angestrebten Ziele gemacht zu haben scheint. Es widerstreitet aber unserem Gefühl, daß das in seiner Machtkonstellation so maßgebende Deutschland von dem Schutz des geistlichen Vaters eines großen Theiles seiner Kinder ausgeschlossen oder nur zur Rolle eines fast ohnmächtigen Zuschauers bei dessen Wohl und Wehe herabgedrückt werden soll. Wo das Recht ist, da muß Deutschland stehen, und deshalb bitten wir, im Namen des Reiches, im Namen unserer heiligen Religion und im Namen unseres Vaterlandes: Ew. Majestät möge diejenigen Schritte thun, welche dadurch führen, daß die Freiheit und Unabhängigkeit des heiligen Stuhles und seines Bestyths wieder hergestellt, gesichert und erhalten werde.“

Elberfeld, 22. Dezbr. [Über die Verurtheilung] des Dr. v. Schweizer berichtet die „Elbf. Ztg.“ folgendes: Dr. J. B. v. Schweizer stand gestern wiederum vor dem Amtshofgericht unter der Beschuldigung, durch eine im August d. J. erschienene Broschüre „der Kapitalgewinne und der Arbeitslohn“ den öffentlichen Frieden gefährdet und die Angehörigen des Staates zum Hass und zur Verachtung gegen einander aufgeregt zu haben. Gleichzeitig wurde auch gegen den hiesigen Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Karl Klein verhandelt, wegen Verbreitung der damals durch die Polizei konfiszierten Broschüre. Das öffentliche Ministerium beantragte gegen v. Schweizer 6 Monate, gegen Klein 6 Wochen Gefängnis; das Gericht erkannte gegen den ersten auf eine dreimonatliche Gefängnisstrafe, gegen den letzteren auf eine Geldstrafe von 10 Thalern.

Görlitz, 23. Dezember. Nachdem am 18. d. M. die landespolizeiliche Abnahme der Berlin-Görlitzer Eisenbahn beendet worden ist, wird die Direktion derselben vom 28. d. M. ab hier in Görlitz in Thätigkeit treten und zu diesem Behufe im Laufe der Feiertagswoche mit ihren Büros aus dem provisorischen Domicil Berlin hierher übersiedeln.

Koblenz, 23. Dezember. Der „Kobl. Ztg.“ zufolge meldet ein Telegramm aus Rom, daß der hiesige Dekan Kremens in dem Konistorium am 20. d. M. zum Bischof von Trier ernannt worden ist.

Magdeburg, 23. Dezember. Die Bevölkerung unserer Stadt, einschließlich der jetzt mit ihr vereinigten Sodenburg, beträgt jetzt ohne Militär 74,219 Seelen.

Paderborn, 20. Dezember. Die Studentenschaft der hiesigen philosophisch-theologischen Fakultät hat in einer am 19. Dezember anberaumten Versammlung beschlossen, eine Adresse an die Studirenden der Münsterschen Akademie zu erlassen, in der es heißt: „Kommitonen, laßt uns der Welt zeigen, daß wir den Kampf für unsere heilige Kirche mit dem Muthe unserer großen

christlichen Vorfahren aufnehmen. Durch Reden und Schriften wollen wir die Begeisterung für die gerechte Sache unseres heiligen Vaters über alle Gauen bis herab in die niedrigste Hütte des Volkes verbreiten. Wir bezeichnen es als unseren Wunsch, daß in dieser Weltkrise unsere Oberhirten das gesammte Volk durch Hirtenbriefe entflammen möchten für die Aufrechterhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes, ja, daß alle Katholiken Deutschlands und Frankreichs durch Versammlungen und Adressen den Königen und Kaisern es fund thun möchten, daß alle Katholiken von denselben Thatendrange für unseren heiligen Vater durchdringen seien, daß sie einstehen würden für ihr Recht, wenn die Mächtigen der Erde der Stimme der Gerechtigkeit ihr Ohr verschließen. Unsere gesammte hiesige Studentenschaft hat ihren Beitritt zum Michaelisverein bereits unterzeichnet und die Meisten haben sich bereit erklärt, dem Suaven-Vereine der Münsterschen Akademie sich anzuschließen. Mit Gott für Papst, König und Kirche!“

Württemberg. Stuttgart, 24. Dezember, Morgens. Der Entwurf, betreffend die Verfassungsrevision, wurde gestern bei der Ständeversammlung eingebracht. Außerdem wird noch die Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend ein revidirtes Wahlgesetz mit allgemeinem, direktem Wahlrecht und geheimer Abstimmung, sowie eine Vorlage über die Organisation des Departements des Innern erwartet.

Stuttgart, 24. Dezember, Mittags. Der vorgelegte Entwurf der revidirten Verfassung räumt der Kammer das Recht der Initiative ein. Ferner enthält derselbe folgende Bestimmungen über die Zusammensetzung der beiden Kammer: Die erste Kammer wird gebildet aus den Prinzen des königlichen Hauses, aus den Standesherren, dem Vertreter der Universität, aus 3 geistlichen Mitgliedern und 7 Vertretern der Städte. Ferner treten hinzu 8 von den Kreisversammlungen gewählte und 10 vom König ernannte Mitglieder. Die zweite Kammer wird zusammengelegt aus 64 Bezirks-Abgeordneten, welche aus dem allgemeinen direkten Wahlrecht hervorgehen, ferner aus 24 Vertretern der Höchstbesteuerten und aus 6 geistlichen Abgeordneten, von welchen 4 der evangelischen und 2 der katholischen Konfession angehören.

Stuttgart, 24. Dezember, Nachmittags. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ gibt folgendes als den Hauptinhalt des bei den Ständen eingebrachten Gesetzentwurfs einer revidirten Verfassung: Die Berufung einer Landesversammlung nach den Bestimmungen des Gesetzes vom Juli 1849 ist unmöglich. Der Boden der bestehenden Verfassung muß zum Ausgangspunkt genommen werden. Der Landesvertretung wird die Initiative für die Gesetzgebung eingeräumt, und das Zweikammersystem beibehalten. Die Wahlen sollen direkt und geheim sein. Außer den Bezirksabgeordneten werden 24 von denjenigen Steuerpflichtigen gewählt, welche wenigstens 100 Gulden Steuern entrichten. Die Landessynode entsendet 4 Vertreter der protestantischen, das Dom- und Landeskapitel 2 Vertreter der katholischen Kirche. Zur ersten Kammer gehören die Mitglieder der königlichen Familie, der Vertreter der Landes-Universität, je 3 Vertreter beider Kirchen. Ferner ernennt der König 10, und die Kreisversammlungen wählen 8 Mitglieder. Den bisherigen lebenslänglichen Mitgliedern bleibt der Sitz gewahrt. Der Landesbischof ist berechtigt, seinen Generalvikar zu seiner Vertretung in der Kammer abzuordnen.

Hamburg, 24. Dezember, Morgens. Den „Hamburger Nachrichten“ wird aus Riga gemeldet, daß die Ernennung des Herrn v. Ompteda zum Kommissar den Behörden des Herzogthums mit dem Bemerkern mitgetheilt werde, derselbe sei beauftragt, von den Zuständen und Einrichtungen des Landes genaue Kenntniß zu nehmen, um die Stellung Lauenburgs im Bunde und seine zukünftigen Beziehungen zur Monarchie zu regeln. Die Behörden sind angewiesen, ihm dazu in jeder Weise behilflich zu sein.

Hamburg, 24. Dezember, Abends. Die Hamburger „Börsenhalde“ meldet: In einer Konferenz hiesiger Assuradeurs und Assuranzmäler wurden in Betreff einiger Paragraphen, an deren zu strengen Bestimmungen die Rheder bisher Anstoß nahmen, Modifikationen vereinbart, die, als Anhang auf den Policien gedruckt, dazu dienen sollen, jene anscheinenden Härten zu beseitigen. Es ist damit die schwierige Aufgabe, ein allen Parteien billiges und genügendes Assuranzzeug auf Grundlage des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches herzustellen, glücklich zum Abschluß gebracht.

Die Kräfte unserer Künstlergesellschaft mit ihren Aufgaben wachsen. Wir können uns heute unter dem vollen Eindruck der über alles Lob erhabenen Aufführung noch nicht dazu verstehen, an die Begeisterung derselben und die Hervorhebung einzelner schöner Momente heranzutreten, sondern begnügen uns, den Totaleindruck festzustellen. Auf das Rollenstudium war sichtbarer Fleiß, auf das Zusammenspiel die anerkennenswerthe Sorgfalt in den Proben verwendet worden. Aber dies ist es nicht allein, was die Aufführung charakterisierte. Es kam zur Erscheinung, was keine Negie in die Darsteller hineinzubauen vermugt, die eigene Freude des Einzelnen an seiner Aufgabe, der lebendige Wetteifer, jeder Figur die Bedeutung zu geben, welche sie nach der Absicht des Dichters zu beanspruchen hat. Vor Allen sei des Künstlers gedacht, der uns einen so eleganten und doch so heldenhaften, einen so feurigen und entschlossenen Essex geboten. Herr Neumann hat durch diesen Helden alle seine früheren Leistungen, so schätzbar sie auch waren, selbst in den Schatten gestellt.

Sein Essex hebt ihn in die Reihe der bedeutenderen Künstler; es war ein Mann aus einem Guß. Nicht die Kopie eines Helden, sondern lebendolle unmittelbare Handlung — das war der Eindruck des Neumannschen Essex. Auch sein Organ, das mitunter schwächlich klingen kann, war gestern von einer Kraft und harmonischen Fülle, die überall den aus eigenen Motiven handelnden und mit eigenem Feuer erfüllten Helden kennzeichnete. An diesemilde war kein Strich verkehlt.

Die ihrer Bedeutung nach zweite Rolle war die der Königin Elisabeth. Wir sahen Fräulein Heller zum ersten Mal in einer so großen Heldenrolle, und wir wollen reumüthig gestehen, daß wir die Dame bisher unterschätzt haben. Diese heroische Kraftentwicklung und Majestät der Haltung konnten wir bis jetzt in ihr nicht suchen; um so bereitwilliger bezeugen wir aber heute dieser Elisabeth, an der sich die besten Bühnentalente versucht haben und an die deshalb ungewöhnliche Ansprüche gestellt werden, unsere Hochachtung, um so mehr als, wie wir hören, Fräulein Heller die Rolle erst vor Kurzem übernommen hatte.

Die dritte Hauptfigur des Stücks, die Gräfin Nützland, befand sich in den bewährten Händen des Fräulein Helbig. Wir können annehmen, daß diese Rolle der Darstellerin, wie der Sänger sagt,

Das Blatt fügt hinzu: Da auch Lübeck und Stettin bereits vom 1. Januar 1868 diese neuen Bedingungen für Seeafskuranz einführen, so stehe zu hoffen, daß auch Bremen durch seinen baldigen Beitritt diesen weiteren Schritt zur nationalen Einigung vornehmen werde.

Mecklenburg. Schwerin, 24. Dez. Gestern wurde der Landtag in Sternberg geschlossen. In der letzten Sitzung wurde ein großherziges Reskript verlesen, welches in Betreff des Freizügigkeitsgesetzes, die Ablehnung der einen Verordnung seitens der Ritterschaft und einer zweiten Verordnung seitens Ritter- und Landschaft gemeinschaftlich, mit Bedauern vermerkt und die Befürchtung von Missständen auf diesem Gebiete in vorkommenden Fällen dem Landesherrn vorbehält.

In dem schwerinischen Landtagsabschiede heißt es in Bezug auf die Beiträge Mecklenburgs zu den Bundeskosten: „Nachdem Stände von Ritter- und Landschaft der dritten Proposition über die zu leistenden Beiträge des ganzen Landes zu den in Folge des Beitritts Mecklenburgs zum Norddeutschen Bunde bisher schon aus landesherrlichen Kassen vorläufig bestrittenen und resp. noch bevorstehenden Kosten, noch im Laufe der Landtagsverhandlungen darüber im wesentlichen erfolgten Einrichtung, ihre Zustimmung ertheilt und die Allerhöchst dazu in Anspruch genommenen Bewilligungen pure zugestanden, auch sich mit dem vorgeschlagenen Modus der Aufbringung derselben durch eine theilweise Erhöhung des Grenzzolltariffs in Verbindung mit der Einführung einer Produktionsabgabe von inländischem Salze nach Maßgabe der darüber bereits erlassenen Gesetze vom 14. November d. J. einverstanden erklärt haben, wollen Se. Königl. Hoheit der Großherzog die zu den gedachten Kosten Zwecks Erstattung an die großerzogliche Renterei aus gemeinsamen Landesmitteln gewährte Beihilfe von 220,000 Rthlr. Cour., wie solche demzufolge in den Etat der allgemeinen Landes-Rezeptur-Kasse für den Jahrgang pro 1. Februar 1868 69 in Ausgaben aufgenommen worden, unter den in den Allerhöchsten Reskripten an die Landtags-Kommissionen vom 11. und 16. d. Mts. gegebenen Zusicherungen, gnädigst annehmen.“

Anlangend die in Aussicht genommenen kommissarisch-deputativen Verhandlungen über die, mit Rücksicht auf die durch den Beitritt Mecklenburgs zum Norddeutschen Bunde und zum deutschen Zollverein resp. entstandenen und noch zu erwartenden veränderten Verhältnisse oder aus andern genügenden Gründen in Betracht zu nehmenden Modifikationen der bestehenden Steuer-Gesetzgebung, so werden Se. Königl. Hoheit der Großherzog die ständischen Deputirten zu denselben, sobald solches thunlich erscheint, einberufen lassen, auch nachdem der engere Ausschuß protestirt worden, alle Erklärungen und Bewilligungen, welche Allerhöchst dieselben in Veranlassung des demnächstigen Eintritts Mecklenburgs in den Zollverein oder etwaiger zu diesem Zwecke erforderlich werdender Übergangsstadien von denselben zu fordern Sich veranlaßt seien sollten, Namens der getreuen Stände nach eigenem Ermeessen abzugeben, den Umständen nach von dem engen Ausschuß dessen Gutachten gerne annehmen.“

Österreich.

Wi en, 23. Dezember. Das risseithanische Ministerium ist noch nicht gebildet. Fürst Auersperg und Herbst sind abgereist. Herbst fordert jetzt das bereits vergebene Kultusministerium, die weiteren Verhandlungen sind bis zur Rückkehr von Auersperg und Herbst vertagt. (H. N.)

Wie man aus Kaschau vom 19. Dezember meldet, ist die Pesther Polizei in Oberungarn den Honved-Vereinen hinter eine höchst bedenkliche revolutionäre Organisation gekommen, welche sich mit nichts weniger als der Errichtung einer Honved-Armee — natürlich vorläufig auf dem Papier — beschäftigt. Der Polizei sind nämlich Listen in die Hände gefallen, welche zu mehreren Honved-Bataillonen formliche Kadres aus Ober- und Unteroffizieren bestehend, enthalten, die namentlich angeführt sind. Als Obergeneral dieser Armee in spe figurirt Moritz Perce!

Ein Wiener Korrespondent der „R.-Ztg.“ ist in der Lage, von dem wesentlichen Inhalt geheimer Stipulationen Mitteilung zu machen, die

gut liege, und daß Fräulein Helbig nicht genötigt war, um einen fein gebildeten, liebeglühenden Charakter auf der Höhe der Gesellschaft darzustellen, wesentlich aus sich heraus zu gehen, aber ihre Aufgabe bestand darin, dem Vilde einen frischen und vollen Ton zu geben und der Liebe zu Essex die ganze Gluth zu verleihen, die sich nur irgend an solcher Heroengestalt entzünden kann. In der Wahnsinnszene zeigte die Künstlerin große Mäßigung; sie gab nur eine Andeutung. Der Wahnsinn der Rütland ist wirklich nur das erste Stadium der Krankheit, die durch den Anblick des Grafen Essex geheilt wird. Die lichten Momente sind vorherrschend.

Die Schlusscene hätte wirksamer werden können, wenn die weibliche Umgebung der Rütland sie nicht verlassen, sondern deren aus dem dunklen Gefängnisraum dem Publikum nicht hinreichend sichtbarem Gebehrdenpiel durch die eigene Angstgebehrde eine stärkere Farbe aufgedrückt und die mit dem Todeschrei sinkende aufgesangen hätte.

Ob die Rolle nach einem Vorbilde gespielt wurde, oder nicht, jedenfalls ist die Auffassung derselben eine berechtigte, und es konnte nur angenehm sein, einmal den Wahnsinn auf der Bühne nicht in seiner stereotypen Gestalt mit flatterndem Haar zu sehen. Die drei genannten, welche den Bodergrund der Bühne beherrschten, wurden von dem angeregten Publikum mit den lebhaftesten Aklamationen ausgezeichnet. Um auch der drei Staatssekretäre (der H. H. Rhode, Schönleiter, Hildebrand) zu gedenken, so haben sie, wenngleich wir an dieser Stelle gern ein potenteres Triumvirat gesehen hätten, das Zusammenspiel nicht gestört. Die Rolle Southampton's wurde durch Herrn Schirmer zur vollen Genüge ausgefüllt. Guss und Jonathan (die H. H. Siecke und Merbig) wurden ihren Rollen ebenfalls gerecht; Herr Vor des spielte seinen Nobsay eben so verständig, wie den Bedienten in den „Journalisten“; Frau Wieze kann für ihre Nottingham kein Tadel treffen, nur ihre Aussprache ist ein wenig störend. Das volle Haus zeigte sich überaus befriedigt durch die vortreffliche Vorstellung.

Dr. Siegfried Hüppé. Berlin, 1867. Verlag von F. Schneider (Posen, vorrätig bei L. Türk). Der Verfasser selbst nennt seine Arbeit bescheiden ein Skizzengesetz, aber so skizzhaft jeder erste Versuch der Darstellung des gesamten öffentlichen Rechts eines umfassenden Staatswesens, wie es das polnische bis zur ersten Landesteilung war, auch immerhin sein mag, der Verfasser hat doch seine polnischen Vorgänger auf diesem Gebiete nicht nur durch tieferes Eindringen in das Material weit überholt, sondern auch seine Verfassungsstudien im Sinne der neuzeitlichen fortwährenden Nutzanwendung für den Politiker und Staatsmann niedergeschrieben. Es ist nicht etwa eine gelehrt, trockene Abhandlung über das polnische Staatsrecht, wie sich dasselbe in festen Formen gestaltet, was er gegeben, sondern eine geschichtliche Entwicklung der einzelnen Institute, aus welchen sich das jus publicum der polnischen Republik, die man eine königliche Republik nennen kann, allmälig zusammengesetzt hat.

Der Volkscharakter, die historischen Schicksale der Nation, ihre Beziehungen zu den Nachbaren sind der Boden, auf welchem daselbe entsteht.

Die Gesetzgebung hat wenig Einfluß darauf, sie sanktioniert nur Vorhandenes. Um dem Werke eine praktische Richtung zu geben, ist dasselbe nicht in streng wissenschaftlicher Form gehalten und durchweg, wo sich Gelegenheit dazu bietet, mit geistvollen Bemerkungen über die thatächlichen Wirkungen der einzelnen Rechtsinstitute durchsetzt, so daß der Leser von vorn herein ein Bild davon erhält, wohn die, der ungebundenen Freiheit des Adels zu jeder Zeit Raum lossende, Verfassung endlich führen müsse. Das ganze Buch ist, wenngleich es sich gegen wertvolle Einzelheiten nicht verschließt, um es kurz auszudrücken, eine Belehrung darüber, wie eine Staatsverfassung nicht beschaffen sein müsse. Wir haben oft genug bewundert, mit welchem Schaffensgeist herausgefunden und das Verderbliche ihrer Folgen nachgewiesen hat; eine verfehlte Politik hat freilich auch das Theige gehabt, diese Folgen zu verschlimmern. Das Buch schließt mit den bekannten und prägnanten Worten, welche Graf Bismarck in der Reichstagssitzung vom 18. März d. J. dem erneuerten Protest der Polen entgegensehnte.

Vom Büchertisch.

Verfassung der Republik Polen, dargestellt von

bei Abschließung des österreichischen Konfords mit der römischen Kurie ver- einbart wurden. Sie sind, was die Stellung der Katholiken betrifft, in einer Note des kaiserlichen Bevollmächtigten, Fürstbischofs von Wien v. Rauch, an den päpstlichen Bevollmächtigten, Kardinal Biale Prela, vom 6. August 1855 enthalten. Zunächst ist ein staatsrechtlich höchst wichtiges Fatum hervorzuheben. Es ist bekannt, daß Österreich die Bundespräsidialstellung, die es in dem seligen Bundestage einnahm, gern als eine materielle Gewalt über die Bundesglieder, als ein Directorateum des Kaiserstaates im Bunde, als eine Fortsetzung des römischen Kaiserthums deutscher Nation behandelte. In dem vorliegenden Altenstaate ist diese Theorie so weit ausgebildet, daß, wie der deutsche Kaiser Schirmvogt der römischen Kirche war, so Österreich sich die Schirmvogtei über die katholischen Unterthanen der protestantischen deutschen Fürsten ausdrücklich beilegt (tot Germaniae catholicis sub principibus acatholicis viventibus quorum patrocinium Austria in comitatu Franciscordiensibus agendum est). Diesem Traume hat allerdings der Krieg des Jahres 1866 ein Ende gemacht. Auch der Besuch, daß die kaiserliche Regierung dafür sorgen werde, daß in dem Lombardisch-Venetianischen Königreiche, abgesehen von den 2-3 vorhandenen akatholischen Bethäusern, die katholische Religion in ausschließlicher Uebung werden erhalten wird, ist sie, Dank sei es der Schlachten von Solferino und Königgrätz, heute entbunden. Die noch praktischen Ver einbarungen beziehen sich zunächst auf die Frage des Übertretens von der katholischen Kirche zu einem anderen christlichen Glaubensbekenntniß, wobei der Entschluß des Übertretenden von dem kaiserlichen Bevollmächtigten als verrucht (desandum consilium) charakterisiert wird. Von ungeheuerer Tragweite ist dann die Behandlung der Frage der Taufe von Judentümern wider Willen ihrer Eltern. Es wird darauf hingewiesen, daß das Gesetz Maria Teresa's, welches Joseph II. befehligt hatte, seit 1806 wieder in Kraft gesetzt sei, wonach es nicht nur über sieben Jahre alten unmündigen Judentümern ungedacht des Widerspruchs ihrer Eltern frei steht, katholisch zu werden, sondern Judentümern unter 7 Jahren dann gegen den Willen der Eltern getauft werden dürfen, wenn man bei ihnen so viel Uriheilsvermögen voraussehen könne, daß sie über religiöse Dinge urtheilen könnten.

Mit Recht schlägt der kaiserliche Bevollmächtigte, daß hiernach kein Grund zu der Befürchtung vorhanden sei, daß der Taufe von Judentümern in Österreich (ohne Willen der Eltern) irgend ein Hinderniß des Alters entgegenstehe. Dann folgen Zusicherungen der katholischen Erziehung von Kindern, auch wenn sie von Protestanten an Kindestatt angenommen sind. Dann werden die gemischten Chen behandelt, und die Aufrechterhaltung der ungerechten, die religiöse Erziehung der Kinder aus solchen Chen regelnden Gesetzgebung, sowie die durch staatlichen Zwang zu erzielende Beobachtung der Reuerwe afiatholischer Väter, auch ihre Söhne (gegen die gesetzlichen Regel) katholisch erziehen zu lassen, angelobt. Demnächst wird die Begräbnisfrage der Katholiken geregelt. (Insuper Gubernium Imperiale curam quantum fieri poterit habebit, ut acatholicon fumeribus aut coemeteria separata aut separata in coemeterio loca assignentur). Die kaiserliche Regierung ist dieser Verpflichtung durch die bekanntlich im Anschluß an das Konfordat geschiedene Befestigung der durch die Gesetzgebung von 1783 angeordneten Gemeinschaft der Ruhestätten nachgekommen, und Protestanten finden, wo sie nicht eigene Kirchhöfe beschafft haben, wie ungetaufte Kinder, Selbstmörder u. s. w. nur noch an abgeonderten Plätzen die lege Stubefälle. Die Glaubensheitlichkeit Tirols zu erhalten, verpflichtet sich die kaiserliche Regierung, wenn sie auch den Artikel 16 der deutschen Bundesakte aus Rücksicht ihrer deutschen Politik nicht direkt außer Kraft setzen könnte. (Nihilominus Gubernium Austriacum nil unquam intentatum reliquit, ut acatholicon coetus a Tirolensis regionibus arceret. Zillerhalensis, qui quingenti circiter numero sectam a vera doctrine multum aberrantem efformaverant, anno 1837 emigrandum erat.) Zur Ausführung sanktionierte bekanntlich der Kaiser noch 1866 das berüchtigte Tiroler Protestant-Gesetz, welches die Bildung protestantischer Gemeinden in Tirol von der Zustimmung des klerikalen Tiroler Landtags abhängig macht. Alle diese freien Erscheinungen müssen nun bald schwinden. Der Tag von Königgrätz hat für Österreich, wie für Deutschland neues Leben gebracht; leider mußten erst Ströme von Blut fließen, ehe der Hochmut der pfälzischen Reaktion zu Halle kam.

Wien, 24. Dezember, Morgens. In der vorgestrigen Audienz, welche das Kammerpräsidium in der Hofburg hatte, soll der Kaiser namentlich Gisela seine volle Anerkennung zu erkennen gegeben und zugleich die Erwartung ausgesprochen haben, Gisela auf seinem bisherigen wie auf jedem anderen Posten in gleicher Weise fortwirken zu sehen. — Herr v. Schmerling ist gutem Vernehmen nach zum Präsidenten des Herrenhauses designirt.

Das neue ungarische Anlehen von 40 Millionen wird, wie schon gemeldet, am 9. Januar f. J. zum Emissionskurs von 215 für 300 mit zwei Gulden Souffrance in Pest, Wien und Paris aufgelegt werden.

Wien, 24. Dezember, Abends. Die „Wiener Abendpost“ bezeichnet die in hiesigen Zeitungen aufgestellte Behauptung, es würden die Bemühungen, ein Ministerium zu Stande zu bringen, trotz der dazwischen getretenen Entfernung mehrerer Beteiligten einstigt fortgesetzt, als in dieser Fassung nicht zutreffend und fügt hinzu, die allerdings nicht leichte Aufgabe würde übrigens vielleicht bereits eine glückliche Lösung erfahren haben, wenn nicht in so ausgiebiger Weise auch außerhalb des Kreises mit denjenigen Personen unterhandelt worden wäre, mit denen sie zunächst besprochen und zum Abschluß gebracht werden müßt.

Der „Wiener Korrespondenz“ zufolge wird die Vermählung des Großherzogs von Toskana mit der Prinzessin Alice von Parma am 11. Januar zu Frohsdorf gefeiert werden.

Wien, 25. Dezember, Morgens. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile die Bestimmungen über die Herauslösung des Porto sowie die übrigen Anordnungen, welche durch den zwischen Österreich, dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Postvertrag bedingt sind.

Dasselbe Blatt sagt anlässlich einer Polemik gegen den Brüsseler „Nord“: Wenn die französische Regierung, welche volle Freiheit der Aktion besitzt, heute eine russische mifällig aufgenommene Ansicht ausspricht, nachdem sie bei der früheren Lage der Dinge eine derselben Seite wohlgefällige Meinung kundgegeben, so ist das nicht als Doppelspiel zu bezeichnen, sondern nichts anderes, als das Aussprechen eines unabhängigen Urtheils. Das aber die letzten französischen Kundgebungen mit bestimmten gegen Russland, Preußen und Italien eingegangenen Verpflichtungen im Widerspruch stehen, wie der „Nord“ vernimmt, hat derselbe erst nachzuweisen.

Die Verkehrsstörungen auf der Eisenbahn nach Ungarn sind jetzt ebenfalls beendet. — Die Ratifikationen des Vertrages betreffend die Nachlassenschaft des Kaisers Maximilian sind gestern ausgewechselt worden. — Auf die Akten der Kreditanstalt werden abschläglich 10 Fl., auf die der Anglo-Austria-Bank 3 Fl. gezahlt.

Triest, 24. Dezbr., Abends. Nachrichten der Neerlandpost. Hongkong, 5. November. In Japan finden zahlreiche Truppenentlassungen statt. Vor Nangaiji versammeln sich ein starkes britisches Geschwader. Zwischen Yokohama und Osaka haben die Japaner eine Dampfschiffahrtsverbindung errichtet. Die Bewohner der Insel Formosa geben das Versprechen, die Schiffbrüchigen gut zu behandeln, und haben ein Fort als Zufluchtsort für dieselben aufgeführt. Die chinesischen Behörden haben sich dafür verbürgt, daß Seitens der Eingeborenen keine Gewaltthätigkeiten mehr vorkommen werden.

Großbritannien und Irland.

London, 24. Dezember Mittags. Die per Dampfer „We-

ser“ aus Nework eingetroffenen Nachrichten reichen bis zum 12. d. Mts. Zufolge einer telegraphischen Meldung vom 11. Dezember aus der Havanna hat, wie ein Gericht wissen wollte, der Präsident Paaz den Vereinigten Staaten die Verpfändung der Samana-Bucht gegen ein Darlehn von einer Million Dollars in Gold angeboten. In Honduras und Venezuela haben Erdbebenstöße stattgefunden.

Frankreich.

Paris, 23. Dezember. Die italienische Krise war heute Veranlassung einer langen Konferenz zwischen dem preußischen Botschafter und dem französischen Minister des Auswärtigen. Es ist wieder stärker von einem unbegrenzten Urlaube des italienischen Botschafters Nigra die Rede. Die „France“ äußert boshaft: „Herr v. Uedom scheint mit dem, was in Italien vorgeht, sehr zufrieden zu sein, und wenn gewisse Mittelhilfen richtig sind, so würde die von Herrn Nattaži vertretene Politik durch den Repräsentanten des Herrn v. Bismarck höchst geschätzt.“ Wir führen dies nur als Fingerzeig für die Taktik an, welcher die klerikale Hofpartei in dieser Frage sich bedient. Das Votum des italienischen Parlaments über Suspensionsförderung der römischen Zinsenquote veranlaßt die „France“ heute bereits zu einem drohenden Ausfälle gegen Italien, worin es heißt: „Es ist unbegreiflich, wie eine Regierung so den ernstesten Verpflichtungen sich entzieht, weil sie es mit einer Macht zu thun zu haben glaubt, die außer Stande ist, ihre Forderungen durch Gewaltmittel zu unterstützen. Diese Haltung gegen die päpstliche Regierung ist nicht bloß eine kleine, einer Großmacht unwürdige Strategie, sie ist, bei rechtem Namen genannt, ein Akt der Unrechtmäßigkeit, und sie ist ein um so unverzeihlicherer politischer Fehler, als sie nicht den heiligen Stuhl trifft, sondern die zahlreichen Besitzer, die ihr Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit der italienischen Regierung gesetzt haben, so daß in dieser traurigen Angelegenheit die Ehre des Florentiner Kabinetts und der Kredit Italiens kompromittiert sind.“

Heute sprach der Gerichtshof sein Urtheil im Prozeß, welchen man gegen die Professoren Racquet, Accolas und Conforten, wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft und Verbreitung von aufrührerischen Schriften anhängig gemacht hatte. Accolas wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe, und Racquet zu 15 Monaten Gefängnis, 1500 Fr. Geldstrafe und zur Abstreitung der politischen Rechte auf 5 Jahre verurtheilt. Außerdem erhielten noch die Schriftsteller Verliere und Chouteau 15 Monate Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe. Ein Jahr und 500 Franken wurden zu ertheilt: Godchet und Hayot, welcher letzterer sich bekanntlich für nicht erschienen erklärte und dessen Geständnisse seine Mitgenossen stark kompromittiert hatten. Drei Monate Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe wurden verhängt über Las, Adel, Meili, Genouille, Giraud und Hermann. Die drei letzteren sind flüchtig, haben aber die Statuten der geheimen Gesellschaft unterzeichnet.

Baron Magnus, der preußische Gesandte in Mexiko, hat vor seiner Abreise nach Brüssel, Berlin und Wien vorgestern in St. Cloud eine lange Audienz bei Napoleon III. gehabt.

Paris, 23. Dezember, Abends. Gesetzgebender Körper. Jules Favre hält die Behauptung aufrecht, der Heeresgesetzentwurf werde anstatt eine Bürgschaft des Friedens zu sein, ein Werkzeug des Krieges werden. Wenn die Völker, sagt er, ihre Zwistigkeiten nicht durch gütliche Vereinbarung, sondern durch Krieg austragen, so liege der Grund darin, daß sie nicht frei seien. Das Kaiserthum habe Europa Furcht eingesetzt, und dadurch die Rüstungen der fremden Völker provocirt. Der uppige Freund des Kaiserthums sei heute die Geistlichkeit. Marquis d'Havrincourt spricht gegen das Amendingement J. Simons Emile Ollivier kritisiert die Regierungsvorlage. Man müsse nicht in neuen Richtungen Stärke suchen, sondern die Ursachen der bestehenden Schwäche forträumen. Ollivier verlangt die Aufhebung der kaiserlichen Garde. Das Heeresreformgesetz sei gewissermaßen Gesetz für einen nahe bevorstehenden Krieg. Nedner kommt im weiteren Verlaufe auf die preußische Armee zu sprechen, welche er nur eine Defensivarmee nennen kann. Frankreich werde seine Hauptkraft darin schöpfen, daß endlich an die Stelle der persönlichen Regierung eine freie und verfassungsmäßige Regierung trete. Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde das Amendingement J. Simon verworfen.

Paris, 24. Dez., Morgens. Ein Artikel des „Constitutionnel“, gezeichnet Lemaire, weist gegenüber den Ausführungen der „Weserzeitung“, betreffend die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands, auf die Worte des Kaisers in der Thronrede hin, welche eine offene Annahme der in Deutschland vollzogenen Änderungen empfehlen.

Paris, 24. Dezbr., Abends. Gesetzgebender Körper. Fortsetzung der Debatte über das Heeresreformgesetz. Glaiz-Bizoin begründet sein Amendingement. Darauf hält Garnier-Pagès eine längere Rede. Der Präsident des Staatsrats, Buitry, erklärt im Laufe der Debatte, die finanzielle Lage von 1867, deren Darlegung nächstens erfolgen solle, werde im Vergleich zu 1866 ein Mehr von 28 Millionen aufweisen. Der Kriegsminister weist nach, daß der Gesetzentwurf nur eine Mehrausgabe von 11 Millionen benötigen werde. Das Amendingement Glaiz-Bizoin wird verworfen.

„Standard“ erklärt, in der gestrigen Unterredung des Marquis Moutier mit dem preußischen Botschafter Grafen Golz sei nur die Konferenzfrage besprochen worden. „France“ demonstriert die in Pariser Blättern verbreitete Nachricht von dem Abschluß eines preußisch-belgischen Zoll- und Militärvertrags.

Paris, 25. Dezember, Morgens. Der gesetzgebende Körper hat das Amendingement des Deputirten Villancourt zum Armeegesetz, nach welchem jeder gefundne Mann, gleichviel, ob er das Militärmäß hat oder nicht, zur Leistung der Dienstpflicht herangezogen werden soll, der Regierung zur Erwagung überwiesen.

Niederlande.

Haag, 23. Dezember Nachmittags. Wie verlautet, wird der König vor Publikirung des die zweite Kammer auflösenden Dekrets eine Proklamation an das Volk erlassen.

Haag, 24. Dezember Vormitt. Der „Staatscourant“ bringt die königliche Verordnung, durch welche die Session der Generalstaaten zum 27. d. M. geschlossen wird. Die Minister des Innern und der Finanzen sind mit Vollziehung des Schlucksatzes beauftragt.

Belgien.

Brüssel, 20. Dezember. Trotz dem Verbote des hier noch immer rechtskräftigen Dekrets vom 23. Prairial, Jahr XII.: Leichen in Kirchen zu begraben, wurde die sterbliche Hülle des jüngst verstorbenen Erzbischofs von Mechlin, angeblich zur Ausstellung für die Gläubigen in die Domkirche gebracht, doch Abends in aller Stille in den dortigen Grabkellern beigelegt. Nachdem diese Ver-

legung des Gesetzes durch die Presse an den Tag gebracht war, ist der königliche Anwalt nunmehr gegen den Bischof des Erzbischofs eingeschritten, welcher das Begräbnis in der Domkirche veranlaßte. Begreiflicherweise wird die Justiz die Sache nicht zur Ausgrabung der Leiche treiben und den Bischof nur zu der in dem neuen Strafgesetz angedrohten Geldstrafe verurtheilen, doch die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze wird wenigstens eine Wahrheit bleiben.

Italien.

Rom, 21. Dezbr. Graf Crivelli, der neue österreichische Botschafter, ist eingetroffen und hat bereits den Venetianischen Palast bezogen, welchen nun Freiherr von Hübner in diesen Tagen verläßt, um seine Berstreitungsreise nach Afrika anzutreten. Mit Hübner nimmt eigentlich das alte Desprey von Rom und für immer Abschied, daß Desprey Metternichs, Schwarzenbergs und des Konföderat-Ministers Bach. Dies ist ein großes Ereignis in der Geschichte der vatikanischen Politik. Das alte Schutz- und Freundschaftsverträge zwischen dem Hause Habsburg und Rom, welches der Kaiser Friedrich III. durch sein Wiener Konföderat geschlossen und auf seine Nachfolger im Reich vererbt hatte, erlischt nach einer Dauer von 400 Jahren. Diese Wendung konnte natürlich nur durch den vollkommenen Rückzug Despreys aus seiner italienischen Stellung möglich werden, denn durch ihn ward auch die römische Stellung dieser alten Reichsstadt gründlich verändert. Was Graf Crivelli in Vatikan erreichen wird, wenn er die Aufträge seiner Regierung in Bezug auf die Modifikation des Konföderat austreibt, ist nicht schwer vorzusehen; nichts, so glauben wir, worauf denn dieses Konföderat durch Thaten aufgehoben werden mag, welche die römische Kurie de jure nicht anerkennen, aber geschehen lassen wird.

Bon hier wird dem „Corriere Italiano“ geschrieben: „Es wird hier von einer bevorstehenden allgemeinen Amnestie für alle bei der letzten Insurrektion Beteiligten gesprochen; doch soll der Kardinal Antonelli der französischen Regierung angezeigt haben, man werde zuvor den Prozeß instruieren, um die Befreiigung der italienischen Regierung mit den Rebellen zu konstatiren. Die Instruktion des Prozeßes ist im Gange, und es wird ein Montags-Prozeß werden, der Angeklagten sind 307 und die Beweisstücke, wie: Waffen, Munition, Papiere, füllen verschiedene Zimmer und bilden eine Art von Kuriositätsammlung.“

Neapel, 15. Dezember. Die Anschauungen des „Mediterraneo“ lassen das Ziel der bourbonistischen Partei immer klarer erkennen. Es ist auf die Trennung des vormaligen Königreiches beider Sicilien gerichtet. Daß ein neapolitanisches Insurrektions-Komitee existirt, wird durch ein Rundschreiben bewiesen, welches von dieser Seite an die größeren Legationen in Paris gegen „die Barben aus Norditalien“ gerichtet ist. „Mediterraneo“ behauptet, daß Neapel mit seinem blauen Himmel, mit seinem flammenden Feuer, mit seiner lebhaften und intelligenten Bevölkerung die Hauptstadt Italiens werden müsse; Neapel sei das Juwel in der Krone Italiens. König Karl III. habe Catania eben so vergebens zur Hauptstadt des Königreiches machen wollen, wie Ludwig XIV. Versailles zur Kapitale Frankreichs; die Superiorität Neapels über die ganze Halbinsel und über Sizilien soll als eine Thatjache anerkannt werden.“ Die Frage, ob Rom denn zu Gunsten Neapels zurücktreten könne, sucht „Mediterraneo“ durch die Befreiung zu beantworten, „daß diese beiden Städte zwei Schwestern seien, Rom die Stadt der Geschichte, Neapel die Stadt des glücklichen Lebens. Hätte Italien Männer an der Spitze der Regierung, welche die Interessen des Landes verstehen, so würden sie nicht säumen, den Schaden gut zu machen, den Ungerechtigkeit verursacht habe.“ „Mediterraneo“ versucht, den Beweis aus finanziellen und administrativen Gesichtspunkten sowie aus legislativen und administrativen Rücksichten zu führen, daß Neapel die Hauptstadt Italiens werden müsse. Dieses Auftreten ist sehr beachtenswerth.

Florenz, 23. Dezember Abends. Die Vertragung des Parlamentes währt bis zum 7. Januar f. J.

In Deputirtenkreisen zirkuliert das Gerücht, der König habe die Demission des Ministeriums angenommen.

Florenz, 24. Dezember. Der König hat den bisherigen Konseilspräsidenten Grafen Menabrea mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Menabrea hat diesen Auftrag angenommen.

Florenz, 24. Dezember Abends. Der König ist nach Turin abgereist. Im Publikum herrscht große Ungewißheit und Angstregung. Man glaubt, daß die neue Ministerliste Menabrea's morgen bekannt werden wird.

Italienische Rente 50, 80, Napoleonsd'or 22, 47.

Florenz, 25. Dezember Nachmitt. Bis jetzt ist über die Bildung des neuen Kabinetts nichts Positives bekannt geworden. Wie versichert wird, dränge Menabrea in einige seiner bisherigen Amtsgenossen, im neuen Kabinett zu verbleiben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. Dezember Nachmitt. Ein kaiserlicher Uras bestimmt, daß die Amnestie für die an dem letzten Aufstande beteiligten Polen, welche durch das Manifest vom 28. Oktober 1866 und durch den Uras vom 17. Mai 1867 verkündigt wurde, sich nicht auf diejenigen Polen erstreckt, welche in Folge des letzten Aufstandes noch flüchtig im Auslande weilen.

Türkei.

Konstantinopel, 24. Dezember. Der „Levant Herald“ kündigt die bevorstehende Veröffentlichung eines Ferman's an, der auf Anrathen des französischen Botschafters bei der Pforte die Gründung einer Militär-Musterhalle anordnet. Die Schule werde der unmittelbaren Gerichtsbarkeit des Großveziers unterstellt werden. Wie gerüchtweise verlautet, wären deshalb Differenzen in dem Ministerium entstanden, in Folge deren Mehmed Ruschi-Pascha seine Demission gegeben hätte. Als dessen Nachfolger werden der Generalgouverneur von Bagdad Namyl-Pascha oder Rizo-Pascha genannt.

Amerika.

New York, 24. Dezember. Der Dampfer „Cimbria“ ist heute Morgen eingetroffen. Der seit Montag hier wärenden Sturm, welcher die Abfahrt der fälligen Schiffe verhinderte, dauerte heute, wenn auch etwas weniger heftig, fort. Die Dampfer „Borussia“ und „Kaledonia“ haben ihre Passagiere ohne Unfall gelandet.

(Beilage.)

Lokales und Provinzielles.

R.W. Posen, 27. Dezbr. Das Salzmonopol hört mit dem Neujahr dieses Jahres auf. In Folge dessen ist es jedem gestattet sein Salz direkt von den Salinen-Verwaltungen, welche feste Preise dafür aufgestellt haben, zu kaufen.

Die Regierung hat jedoch mit Rücksicht, daß in erster Zeit vielleicht Mangel an diesem nothwendigsten der Lebensmittel entstehen könnte, vorläufig die Beibehaltung der Salzniederlagen in mehreren Städten beschlossen, und auch in diesen den Verkauf zu dem ermäßigten Preis, welcher zugleich der Fracht und Steuer und zwar für Schönebecker, Hallenser, Arier, Dürrenberg u. s. w. Siebzehn 2 Thlr. 24 Sgr. für Staßfurter Speisesalz 2 Thlr. 17½ Sgr. für den Netto Zollzentner inklusive Sack frei Posen beträgt, eingerichtet.

Um jedoch dies Geschäft mit der Zeit in Privathände überzuleiten, ist der Preis je nach Entfernung der Provinzen verschieden normirt, u. beträgt für die Provinzen Posen u. Schlesien bei der Saline Schönebeck 12½ Sgr. und in Staßfurt 5 Sgr. für den Zentner frei Eisenbahngewagon und wird bei direktem Bezug ein Rabatt bis 10%, so wie Kredit sowohl für den Waarenbetrag als auch für die 2 Thlr. pro Netto Zentner betragende Steuer durch die Provinzial-Steuer-Direktion gewährt.

Außerdem tritt auch im Interesse der Landwirtschaft und Industrie eine bedeutende Ermäßigung ein, indem außer dem Werthe des Salzes, welcher nur pro Zentner ein paar Silbergroschen beträgt, blos eine Kontrollgebühr von 2 Sgr. erhoben wird, so daß der Zentner Staßfurter Viehsalz vielleicht 17 Sgr. von anderen Salinen etwa 24 Sgr. inklusive Fracht und Sack u. s. w. sich stellen könnte. Bei später eintretender Wasserverladung, welche pro Zentner 4 bis 5 Sgr. höchstens sich stellen wird, ist eine Ermäßigung von etwa 2 bis 3 Sgr. pro Zentner bestimmt zu erwarten. Kredit und Rabatt, sowohl in Betriff des Salzes wie der Steuer wird auch hier bei direktem Bezug bewilligt.

Industrielle Etablissements, wie Glashütten erhalten das Salz abgabefrei.

An die königliche Regierung möchten wir bei dieser Gelegenheit die Bitte richten, daß sie, die doch sonst bei vorkommenden politischen Fragen etwas Außergewöhnliches für die Aufklärung resp. Verbreitung ihrer Ansicht thut, es in diesem Falle jedenfalls, weil solches die Gemein-Interessen und das öffentliche Wohl betrifft, nicht unterlassen möge, in den derselben zu Gebote stehenden Amtsblättern und Zeitschriften außer den Preis-Couranten auch, mindestens

1) das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer Abgabe vom Salz vom 9. August c.

2) der Königlichen Verordnung betreffend die Erhebung einer Abgabe von Salz vom 9. August c.

3) der Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 19. August c., betreffend die Ausführung der Verordnung über die Erhebung von Salzabgaben

4) der Finanz-Ministerial-Instruktion vom 16. August c.

5) die Finanz- und Handels-Ministerial-Instruktion vom 18. August c.

leitere beide die Erhebung, Kontrollirung und Sicherung der Salzabgabe betreffend, zu veröffentlichen.

Dadurch würde einem Jeden die Möglichkeit gegeben, sich mit den Verkaufs- resp. Verkehrsbedingungen dieses allgemeinen und zum Lebensunterhalt nothwendigen Artikels bekannt zu machen, damit das vom Staate aufgehobene Monopol nicht in die Hände einzelner Firmen übergeht.

[Uebel bekommen.] Zwei fechtende Handwerksburschen gerieten am Dienstag in das Vorzimmer eines hiesigen Glasermeisters, wo bereits die Feigans abgerupft zum Braten bereit hing. Ein einsam hängender fetter Braten! — sollte dem gegenüber nicht auch mancher Andre in Verfuchung kommen? Und nun gar zwei hungrige Handwerksburschen! Der Plan war schnell gefaßt; einer der Fechtenden ergriff die Gans und elte mit der selben hinaus, während der andere ruhig den Meistergroschen abwartete. Erst als sich auch der zweite Geselle entfernt hatte, gewährte der Meister den Diebstahl, den er Niemanden sonst, als dem letzten Gesellen zufiehen konnte. Aber wo diesen suchen? Einige Polizeibeamte, denen der Beschworene den Thatbestand mittheilte, sprachen ihm auch wenig Trost zu, und es blieb darum nichts übrig, als selbst den Dieb in der Stadt zu suchen. Bald wurden denn auch die eifrigsten Nachforschungen des Meisters von Erfolg geprägt, und in einer Herberge erfuhr er von der Herbergsmutter, daß ihr von zwei Gesellen eine Gans zum Braten übergeben worden sei, die auch schon in der Pfanne brügeln. Sofort belegte der Meister das corpus delicti mit Beschlag, wenngleich weder der Dieb noch sein Helfershelfer anwesend war. Leichter stellte sich bald darauf seelenvergnügt in Erwartung des fetten Bratens in der Herberge ein, wo ihn der befreundete Meister selbstverständlich nicht sehr freundlich empfing. Auf die Drohung, die ganze Angelegenheit der Polizei zu übergeben, bat der Geselle himmelhoch, ihn und seinen Kameraden doch nicht ungünstig zu machen. Das mochte der Meister auch wohl nicht wollen und ließ sich nur das Wanderbuch von dem Gesellen geben, damit dieser es wieder hole.

Doch das tragische Ende folgt. Andern Tags kam der Geselle und bat um sein Wanderbuch. „Ja, das soll dir werden, wenn du mir deinen Kameraden herbeischaffst, damit ich denselben auch kennen lerne.“ entgegnete ihm der Meister. Jener, wohl nichts Böses ahnend, kam denn auf den Wunsch des andern auch mit in die Wohnung des Meisters. Hier warteten aber schon einige Männer mit Knüten; die beiden Gänselebde wurden übergelegt und ihnen, bevor der Meister das Wanderbuch herausgab, ihr Behlgriff in nachdrücklicher Weise blau auf weiß klar gemacht.

[Eisbahn.] Die Eisbahn auf der Cybina in der Nähe des Doms von der Brücke bis zur Warte ist für das Schlittschuhlaufen in gutem Zustande, auch in den Feiertagen fleißig benutzt worden. Der Unternehmer beabsichtigt, ein Karussell mit 6 Schlitten dort aufzustellen.

Auch die Eisbahn am Wildbathor ist gut und in den Feiertagen von Schlittschuhläufern bedient gewesen.

[Kreistag.] Bei dem am 16. d. M. hier abgehaltenen Kreistag wurde zunächst der Bürgermeister Müller aus Schwerin als Kreisdeputierter eingeführt und darauf der Etat pro 1868 auf 18,944 Thlr. festgestellt. Demnächst würden verschiedene Wahlen vorgenommen. Es wurden gewählt: zu Mitgliedern der Einschätzungscommission für die Klassifizirte Einkommenssteuer 1) Rittergutsbesitzer v. Kaldreuth auf Muchow, 2) Landwirtschaftsrath v. Sander auf Charcice, 3) Rittergutsbesitzer Reibel auf Gr. Manche, 4) Bürgermeister Müller aus Schwerin, 5) Kommerzienrat Mittelstädt aus Marianowo und 6) Kaufmann Brasch von hier. Zu Mitgliedern der Klassesteuer-Reklamations-Kommission 1) Bürgermeister Fritz in Birk, 2) Beigeordneter Marggraf in Schwerin, 3) Eigentümer Kultaf in Schwirle, und zu deren Stellvertretern 1) Bürgermeister Mack hier, 2) Bürgermeister Müller in Schwerin und 3) Eigentümer Wilde in Mülin. Zu Civilmitgliedern der Kreis-Ersatzkommission: 1) Bürgermeister 1) Fritz in Birk und 2) Rewick in Kachme, 2) Rittergutsbesitzer v. Kaldreuth und 4) Eigentümer Wilde; als Stellvertreter 1) Landwirtschaftsrath v. Sander, 2) Beigeordneter Marggraf und 3) Eigentümer Klingner in Grohdorf. Zu Beuerlöß-Kommissarien: 1) Mühlenbesitzer Profé in Heidemühle und 2) Inspelator Neumann in Leżec.

Die Chausseebau-Rassenrechnungen pro 1861—1866 von der Bicker-

Kwilecz-Chaussee wurden dechargirt; für die Rettungs- und Waisen-Anstalt in Rottitzen wurden 50 Thlr. als außerordentliche Beihilfe gewährt.

Die Wahl von Stellvertretern für die Brandshäden-Abschätzungs-Kommission fiel auf 1) Baron v. Massenbach auf Bielofos, 2) Eigentümer Hirthe in Kubow und 3) Eigentümer Gottlieb Stieler in Milostowo.

Die Zahlung von 300 Thlr. als Entschädigung für nicht gestellte Offizier-pferde, wie sie in einem Schreiben des königlichen General-Kommandos vom 31. August c. bedingungslos gefordert worden, wurde abgelehnt.

In Bereit der Bildung eines Bege-Prämien-Fonds bezogen sich die Kreis-stände lediglich auf den bereits unterm 12. September c. gefassten Beschluz, lehnten eine weitere Bewilligung zur Zeit ab und erwarteten, welche Beihilfe ihnen vom Staate resp. der Provinz für die dem Beschlusse vom 12. Septbr. c. genannten Wege gewährt werden wird.

[Grätz, 23. Dezember. [Siedlisch.] Mehrere hiesige Bürger sowie Einwohner aus Doktorow — letztere gehörten auch zu dem hiesigen Wahl- und Schlachtfreier-Verbande — haben bei der kgl. Regierung zu Posen um Aufhebung der Mahl- und Schlachtfreier gebeten. Diese Petition lag der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung in der am 16. d. M. stattgehabten Sitzung bei Gelegenheit der Berathung des städtischen Etats für 1868 zur Beschlus-fassung vor. Der Stadtverordnete Kalkulator Cohn hatte das Referat übernommen. In seinem von großer Sachkenntniß zeugenden Vortrage, schloß sich derselbe zwar den im Schoze des Abgeordnetenhaus über diese Angelegenheit ausgeführten Ansichten an, wies aber auch gleichzeitig durch Bühnen nach, daß durch Abschaffung der Mahl- und Schlachtfreier die Abgaben der hiesigen Einwohner sich um das Drei- und namentlich die des mittleren Bürgerstandes selbst und um das Fünf- und Sechsfaache der jetzigen verhälften würden und beantragte schließlich die Abweisung der Petition und Beibehaltung der gedachten Steuer. Die Versammlung nahm an, daß die Petition nicht dem Wunsche der hiesigen Bürger Ausdruck gebe und beschloß demnach mit 8 gegen 3 Stimmen dem Antrage des Referenten gemäß. In der am 17. d. fortgesetzten Berathung über den Etat — Besoldungen der Lehrer — erkannte die Versammlung die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Lehrergehälter an und beschloß vom nächsten Jahre ab 1) die Gehälter des Rektors an der evangelischen und des an der katholischen Schule mit Einschluß der Wohnung und dem Ertrage des Gartens von 470 resp. 450 auf 500 Thaler, das des ersten Lehrers an der jüdischen Schule auf 400 Thaler zu erhöhen; 2) die Gehälter der übrigen an den hiesigen Kommunal-schulen wirkenden Lehrer — abgeleitet von ihrer Konfession — den Dienstjahren nach zu erhöhen und zwar so, daß das Einkommen einschließlich der Wohnung und des Ertrages aus dem Garten des 1. 380, des 2. 360, des 3. 340, des 4. 320, des 5. 300, des 6. 280, des 7. 260, des 8. 250, des 9. 240 und des 10. 230 Thaler betragen soll. Für das Jahr 1867 wurde für sämtliche Lehrer eine Gratifikation im Gesamt-betrage von 205 Thaler bewilligt. Auch am Anfang dieses Jahres haben unsere städtischen Behörden bereits einem der Rektoren eine außerordentliche Gratifikation von 100 Thlr. bewilligt. Diese Freigebigkeit verdient um so mehr anerkannt zu werden, als unsere Stadt nicht zu den bemittelten der Provinz gehört.

[Pleschen, 22. Dezember. [Baumschulen.] Vokationsmäßig sind die Lehrer verpflichtet, die Schuljugend in der Obstbaumzucht zu unterrichten. Nach den Wahrnehmungen der kgl. Regierung zu Posen sollen aber bis jetzt sehr wenige Lehrer dieser Verpflichtung nachgekommen sein, ja nicht einmal eine Baumschule angelegt haben. Um diesem Ubelstande Abhülfe zu verschaffen, sind die kgl. Landrätsämter ihres Aufsichtskreises fürlich von ihr zur Berichtserstattung über das Bestehen der Baumkübeln mit Angabe der Anzahl der in denselben befindlichen wilden und veredelten Stämmchen veranlaßt worden. Wahrscheinlich soll dann gegen diejenigen Lehrer vorgegangen werden, die es unterlassen haben, Baumschulen anzulegen.

Abgesehen davon, daß kein Lehrer zur Anlegung einer solchen auf Grund seiner Vokation gezwungen werden kann, sondern nur verpflichtet ist, die Schuljugend in der Obstbaumzucht zu unterrichten, wozu nicht gerade eine Baumschule unumgänglich nothwendig ist, weil er ja auch den Unterricht nur theoretisch ertheilen kann, wird durch Anwendung von Zwangsmethoden wenig oder nichts erreicht werden. Zur Betreibung der Obstbaumzucht gehören Pflug, Liefe und Ausdauer, bekanntlich Eigenschaften, die sich auf dem Verwaltungsweg den Lehrern nicht leicht anerkennen lassen.

So viel wie wissen, wurden ihm in Jahre 1824 im hiesigen Magistrat-Bezirk ähnliche Ermittelungen ange stellt und die Abschriften der damals ange fertigten Verzeichnisse über die Größe jeder Ortsbaumschule werden sich gegenwärtig noch in den Distriktsämtern vorfinden. Trotzdem lassen sich nach Verlauf eines dreihundertfünfzigjährigen Zeitraumes keine nennenswerten Resultate nachweisen. Ähnliche Erfahrungen haben übrigens auch die Aufsichtsbehörden der Lehrer in Schlesien mit den Baumschulen gemacht, wo, wie wir uns recht fürglich auf einer Reise dahin persönlich überzeugten, die Lehrer ebenfalls keine Baumschule angelegt, noch vielmehr pomologischen Unterricht ertheilen, trotzdem sich seiner Zeit der Oberregierungsrath v. Sohn die Förderung der Obstbaumzucht durch die Schulen sehr angelegen sein ließ.

Solche allgemeine Erfahrungen können nicht allein durch die Nachlässigkeit einzelner Lehrer hervorgerufen worden sein, sondern müssen auf tieferen Ursachen beruhen. So viel uns bekannt waren die Lehrer-Seminarien in Preußen bis jetzt keine Gärtnereibildungsanstalten, konnten also dem Unterricht im Gartenbau und in der Obstbaumzucht eine nur untergeordnete Beachtung zuwenden und ihre Böblinge daher stets mit einer nur dürftigen pomologischen Durchbildung ins Amt entlassen. Kein Wunder also, wenn dieselben dann so schnell als möglich der Obstbaumzucht den Rücken kehren, zumal auch die Regierungsverfügung vom 20. April 1846 Nr. 115 §. 46 wenig geeignet ist, sie zu leidenschaftlichen Betreibung derselben zu veranlassen. Auf Grund jener Verfügung wird dem Lehrer zwar der Erlös der aus der Baumschule und dem der Schule gehörigen Garten verkauften Bäume zugesichert, doch muß er sich vor dem Verkauf erstens die Zustimmung des Schulvorstandes und zweitens die Genehmigung des Schulinspektors zu versichern.

Eine andere Beschränkung liegt in den vokationsmäßigen Bestimmungen, daß darüber, ob der Lehrer die zur Bepflanzung der Gemeindebäume brauchbaren und erforderlichen wilden Bäume unentgeltlich liefern oder welche Remuneration ihm dafür gewährt werden soll, erst eine besondere Vereinbarung getroffen werden soll und er bei seinem Abgänge von der Schule unter keinen Umständen aus der Baumschule etwas mitnehmen darf. Wenn auch die Lehrer an Gemeinsinn viele andere Stände übertrifffen mögen, so sollte ihnen doch nicht die Zumuthung gemacht werden, arbeiten zu müssen, ohne die Gewissheit zu haben, daß sie auch Wohl dafür erntet werden. Es mag recht schön sein, die Gemeindewege mit kräftigen, gesunden Bäumen bepflanzt zu sehen, doch sollte dies auf Kosten der armen Lehrer geschehen. Werden sie aber zu solchen Opfern gezwungen, so darf man sich auch nicht mehr wundern, wenn sie ihre Berufsfreude verlieren und dann nur noch tagelöhner.

Soll die Obstbaumzucht gefördert und sollen die Gemeinden mit Bäumen zur Bepflanzung ihrer Landwege versehen werden, so mag das Beispiel der Stände des Kreises Neumarkt in Schlesien nachgeahmt werden, die auf dem am 14. Dezember d. J. dafelbst abgehaltenen Kreistage die Etablierung einer pomologischen Kreis-Baumschule beschlossen. Könnten sich die Kreisstände in hiesiger Provinz zu ähnlichen Beschlüssen erheben, so würde dadurch sicherlich mehr erreicht, als durch die vokationsmäßige Verpflichtung der Lehrer zur Anlegung von Obstbaumshulen.

[Wollstein, 25. Dezember. [Lieblosigkeit; Feuer.] Der ungefähr 69 Jahr alte Tagelöhner Samuel Schwallack in Neu-Jacomitz-Hau land wurde seit mehreren Jahren, weil er an einem Arme und Fuß gelähmt und demzufolge arbeitsunfähig war, von der Ortsgemeinde unterhalten und von derselben seiner leiblichen Tochter, der verehelichten Baum, in Verpflegung übergeben. Bis zum Herbst dieses Jahres hatten die B. schen Cheleute den Sch. im Altvon dicht an ihrem Wohnzimmer untergebracht, von da ab wurde der alte, gelähmte Mann, weil nach Aussage der B. ihr Mann seiner Schwiegervater nicht mehr im Altvon dulden wollte, in einen sehr drosselten, ungezielten Stall geschafft, woselbst er, trotz der seit einigen Wochen eingetretenen sehr kalten Witterung verblieb und in der Nacht vom 21. zum 22. d. M. wahrscheinlich, in Folge des starken Frostes, seinen Geist aufgab. Nach erfolgter Anzeige bei den hiesigen Behörden fand gestern auf Anordnung des hiesigen Königl. Kreisgerichts die Section der Leiche statt und es wird von dem zu erstattenden Berichte abhängen, ob die Lieblosigkeit der Tochter den Tod

ihres alten, kranken Vaters herbeigeführt hat. — Am 23. d. Mts. Abends zwischen 7 und 8 Uhr brach auf dem Gehöft des Eigentümers Schulz zu Sitz-Hau land, im hiesigen Kreise, Feuer aus, wobei binnen kurzer Zeit, trotz der sofort herbeigeeilten Volksmannschaften aus dem Hau land, so wie aus der Umgegend das Wohnhaus, so wie eine Scheune und ein Stall eingeäschert wurden. Über die Entstehungsweise des Feuers ist bis jetzt bestimmtes noch nicht ermittelt.

* Bromke. [Vorschukverein.] In Nr. 299 der „Ostdeutschen Zeitung“ ist ein Referat über die Verwaltung des hiesigen Vorschukvereins enthalten, welches die wirkliche Sachlage entstellt, und deßhalb ein Bericht erfordert. zunächst ist es unwahr, daß christlicherseits bisher der Ausschluß der Juden im Vorstande zum Prinzip erhoben worden sei; von Judenhausen ist weder im hiesigen Orte überhaupt, noch im Schoze des Vorschukvereins insbesondere jemals die Rede gewesen. Dr. Braun, mosaischen Bekennniß, schied seiner Zeit vom Vorstande aus, weil die Majorität desselben nicht geneigt war, sich von ihm, dem Einzelnen, beherrschen zu lassen, und weil sein Verzug vom hiesigen Orte bevorstand. Im Ausschüsse oder Aufsichtsrathe ist den jüdischen Mitgliedern im Gegenteil von jeher bis heute eine Vertretung durch 3 Aufsichtsratsmitglieder statutenmäßig gesichert; bei den Vorstands-wahlen hat man sich bisher niemals nach den Konfessionen, sondern stets nur nach der Tüchtigkeit der Kandidaten, und danach gerichtet, welches Vertrauen ihnen von der Majorität der Vereinsmitglieder geschenkt wurde. In der zum Zwecke der Eintragung des Vereins in das Genossenschafts-Register am 12. d. Mts. abgehaltenen Generalversammlung haben allerdings viele jüdische Mitglieder durch ihr Auftreten bewiesen, daß ihnen ihre persönlichen Wünsche über das Vereinsinteresse gehen, und daß sie zur Selbstverwaltung durch ihre Opposition gegen die Majorität bis jetzt noch sehr wenig Talent und Reise haben. Dennoch hat die Versammlung keinen kläglichen Verlauf genommen, wie der sehr beteiligte Referent der „Ostdeutschen Zeitung“ angibt, sondern die Wähler sind in Ruhe und ordnungsmäßiger Form fortgesetzt und beendet worden. Die befonnenen jüdischen Mitglieder des Vereins nahmen daran Theil und missbilligten das Verhalten ihrer durch Einzelne irre geleiteten Glaubensgenossen. Nach den Wahlen reichten allerdings 30 jüdische Vereinsmitglieder ein Schriftstück ein, in welchem sie die von ihnen volzogene Unterschrift des neuen Statuts für nichtig erklären. Davon haben 7 derselben ihre Beteiligung an jener Erklärung bereits wieder zurückgenommen; seinen Austritt hat dieserhalb noch Niemand angezeigt. Jenseits 28 Opponenten dürfen leicht noch mehr zusammen schrumpfen, und ist bei der Zahl von etwa 80 Vereinsangehörigen mosaischen Bekennniß und 250 Mitgliedern überhaupt keine Besorgnis vorhanden, daß nach dem möglichen Ausscheiden jener Opponenten der Verein zur Bedeutungslosigkeit, wie Referent sagt, herabfallen werde. Obgleich nun der konfessionelle Standpunkt, den der Referent einnimmt, im Genossenschaftswesen durchaus verwerflich ist, so ist ihm, um jeden Schein der Beeinträchtigung zu vermeiden, dennoch im Aufsichtsrathe von jeder Rechnung getragen, und es sind sogar Schritte angebahnt worden, auch im Vorstande eine Vertretung der drei Konfessionen zu ermöglichen.

* Bromberg, 26. Dezember. Die hiesige königliche Regierung hat nun auch den ihm vom Minister überwiesenen Gehaltzulagsfonds für die schlecht dörflichen Lehrerstellen verteilt. Im Ganzen ist die den einzelnen Lehrern aus diesem Fonds gewährte Bulage doch nur eine sehr dürftige. — Unter neues Schülchenhaus, das mit so großem Kostenaufwand aufgebaut worden, und dessen Einweihung im Juli d. J. mit so großer Ostentation geschah, steht nun seit einigen Tagen ganz verwaist da. Schon seit mehreren Monaten haben in demselben weder Konzerte noch Versammlungen stattgefunden, auch fehlt es an jedem andern Verehr und da zog es der gegenwärtige Pächter, ein Kaufmann Josetti aus Königsberg, der es im Juli d. J. für die enorme Pachtsumme von 1500 Thlr. pro Jahr gepachtet, ohne das Publikum und die hiesigen Verhältnisse zu kennen, vor, die halbjährige Pacht fahren zu lassen und das Lokal, das wegen seines großen Saales das erste Gesellschaftshaus der Stadt werden sollte, bis auf Weiteres zu schließen und in einem belebteren Theile der Stadt ein Gesellschaftshaus auf eigenem Hause zu gründen. Der Verlust, den er bereits gehabt, ist sehr bedeutend und beläuft sich auf mehrere Tausend Thaler. — Herr Hoflieferant Hegewald hier, der mit seiner von ihm zusammengesetzten Schauspieler-Gesellschaft, welche zu ihren Mitgliedern einige recht gute Kräfte zählt, seit dem 1. November c. im hiesigen Stadttheater Vorstellungen giebt, hat eine zweite Serie des Winterabonnements eröffnet, in dat. mir diese Art von Abonnementen, wie in den Monaten März f. J. hinein haben werden. — Herr Dr. Siegfried Hüppé, der seit einigen Wochen hier weilt, um der Notiz einer hiesigen Zeitung aufzufolge, im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten v. Horn aus den Alten der hiesigen Königl. Regierung Materialien zu einem Archiv für die Provinz Posen zu sammeln, wird vom 8. Januar f. J. ab für wohltätige Zwecke einige Vorlesungen über Friedrich den Großen halten.

Die Ernte-Exträge des Jahres 1867 in der preußischen Monarchie. (Zusammenge stellt nach 1090 Berichten.)

Die amtliche Uebersicht der Ernte-Exträge in der preußischen Monarchie umfaßt zum ersten Mal den Gesamtsta

Provinzen in diesem Jahre in den Hohenzollernschen Landen stattgefunden. Dann folgen die übrigen Provinzen in folgender Ordnung: Schlesien, Schleswig-Holstein, Westphalen, Hannover, Brandenburg, Posen, Sachsen, Hessen, Nassau und Rheinprovinz, Pommern und zuletzt die Provinz Preußen. Den Durchschnittsertrag der Ernten in den letzten 10 Jahren von 1858 bis 1867 hat die diesjährige Ernte bei der Getreide genau (0,81) erreicht, beim Hafer um 0,04 und bei den Erbsen um 0,11 übergetrieben, dagegen ist sie beim Weizen um 0,14, beim Roggen um 0,11 und bei den Kartoffeln um 0,09 p.Ct. gegen den Durchschnittsertrag der letzten 10 Jahre zurückgeblieben. Unter den Ernten der letzten 10 Jahre von 1858 bis 1867 nimmt die diesjährige Ernte hinsichtlich des Ertrages beim Weizen die neunte, beim Roggen die letzte (zehnte), bei der Getreide die siebente, beim Hafer die fünfte, bei den Erbsen die zweite und bei den Kartoffeln die siebente Stelle ein.

Landwirtschaftliches.

Dörfkultur und Lagerfrucht. Gelegentlich einer landwirtschaftlichen Versammlung zu Abersheim am Rhein wurden die Vortheile der Dörfkultur oder Reihenbau zum Gegenstande eingehender Diskussion gemacht. Es wurde dabei hervorgehoben, daß die Reihenbauart der Halmfrüchte in solchen Gegenden, in welchen die Vielzahl der feuchten Niederschläge groß sei, einen unabweisbaren Vorteil biete, daß hingegen da, wo mehr Trockenheit vorherrsche, der Erfolg nicht selten ein geringer, oder gar negativer sei. Hiergegen wurde bemerkt, daß allerdings aus sehr trockenen Gegenden und von trockenen Böden Erfahrungen vorliegen, die nicht günstig seien; allein es sei nicht zu leugnen, daß in diesen Fällen die Dörfkultur in gleicher Entfernung (7–8 Soll) gehalten werden seien, wie auf mehr feuchten Böden, daß hingegen auch Erfahrungen vorliegen, die es außer Zweifel ließen, daß die Stellung der Dörfkultur sehr günstige Resultate ergeben hatten. Dabei wurde von verschiedenen Seiten konstatiert, daß Böden, welche in der Regel Lagerfrucht erzeugten, immer am besten mit der Reihenbauart bestellt würden, indem hierdurch die Lagerung der Frucht vermieden würde. Herr Jungkofltheit uns in dieser Angelegenheit mit, daß er auf diese Weise bei einem vergleichenden Versuche, den er ange stellt, gefunden habe, daß auf sehr fruchtbaren Böden die Dörfkultur 17 Prozent Mehrertrag gegeben habe, als die Reihenbau unter sonst gleichen Verhältnissen.

Düngererzeugung. Eine von sehr übeln Folgen bei der Düngererzeugung begleitete Einrichtung ist, daß man nach der Mistjauche wie auch dem Regenwasser zu viel Zufluß zur Düngerstätte gestattet, ohne daß für genügenden Abfluß gesorgt wird. Der Dünger bleibt so mit einem Übermaße von Feuchtigkeit in Berührung und kann daher einem regelmäßigen Faulnisprozesse nicht unterliegen, vielmehr versünt er in der Art, daß sich aus ihm für das Pflanzenleben geradezu schädliche Stoffe bilden. In dieser Beziehung hat Herr Dr. Konrad Wadach zu Hessberg einen Versuch mitgetheilt, dessen Resultate wir der Deutlichkeit nicht vorzuenthalten glauben dürfen. Er schreibt: Im vorigen Frühjahr ersteigte ich eine Kautz voll Stalldünger, der ungefähr 4 Monate hindurch gelagert hatte. Unter der betreffenden Düngerstätte befand sich zwar ein Saubehälter, allein derselbe war seit lange nicht mehr ausgeleert worden und so hatte sich die Jauche bis halbmast in den Misthaufen gestellt. Ich benützte den Dung für ein zu Kartoffeln bestimmtes Feld und zwar in der Art, daß ich den Mist, soweit er eine regelmäßige Faulnis durchlaufen hatte, auf einen Theil des Feldes und den Mist, der längere Zeit hindurch ganz mit Pfuhl durchtränkt gewesen war, auf den anderen Theil von sonst gleicher Beschaffenheit brachte. Ich befegte das Feld an einem und demselben Tage in ganz gleicher Weise mit der blauen Peruvianerkartoffel. Schon kurz nach dem Aufgeben derselben bemerkte ich, daß die Blätter der Stöcke die in dem mit dem verfaulten Mist gedüngten Theile standen, eine ganz blaugrüne Farbe hatten und dabei sehr spitz kräufelnd aussahen, während die Kartoffeln auf der ganzen Fläche, die den besseren Dung erhalten hatte sich eines sehr üppigen dunklen Grüns und eines kräftigen Wachstums ersfreuten. Da war sehr gespannt, das Resultat des Ertrages kennen zu lernen. Die Ernte wurde Anfangs Oktober jüngsthin vorgenommen und gesondert behandelt. Während die Kartoffeln auf dem mit Mist verfaulten Stück nur sehr klein waren und pro Morgen einen Ertrag von 31 Cm. lieferten, steigerte sich der Ertrag von dem besseren Miste pro Morgen auf 63 Cm.

Bermischt.

* In Kopenhagen explodierte am 19. Dezember Nachmittags um 5 Uhr der große Dampfessel einer in der Nähe der Börse belegenen Budenfabrik mit einer solchen Kraft, daß er 6 bis 8 Ellen von seinem Lager geworfen wurde und dort die Mauer des Maschinengebäudes stark beschädigte. Steine und Eisenstücke flogen quer über den nahe liegenden Kanal und fielen auf und neben die jenseits belegten Häuser. Drei Arbeiter (Familienväter), unter welchen auch der Heizer, dassen Fahrlässigkeit wahrscheinlich das Unglück verur-

sachte, wurden unter den Ruinen begraben und später als verstümmelte Leichen hervorgezogen.

* Die "Newyorker Abend-Ztg." schreibt: "Der große Bettler Lamartine ist erbötig, die Vereinigten Staaten mit seinem Besuch zu beeindrucken, wenn das dazu nötige Geld durch eine Kollekte aufgebracht wird." Ein anderes Newyorker Blatt macht dazu die maliziöse Bemerkung, es hoffe nicht, daß diese Kollekte zu Stande komme, weil sonst eine zweite nötig würde, um ihn wieder nach Frankreich zu schaffen.

* An der Zürcher Universität wurde am 12. d. M. in aller Form ein 24 Jahr altes Fräulein Nadja aus Soutlowa aus St. Petersburg zum Doktor der Medicin, Chirurgie und Geburtshilfe promoviert. Sie ist 24 Jahr alt und machte in allen Fächern fleißig Studien.

dern gesonnen sind, ungesäumt Hand ans Werk zu legen und so bald als möglich mit uns in persönlichen oder brieflichen Verkehr zu treten. Gesammelte Beitragssummen bitten wir vorsorglich an unseren Schatzmeister, Briefe und Pakete an unseren Schriftführer zu adressieren.

Berlin, den 20. Dezember 1867.

Freiherr v. Patow, Vorsteher, Unter den Linden 6., Georg v. Bungen, Schriftführer, Regentenstraße 1. H. Zwicker (Firma Gebr. Schidler), Schatzmeister, Gertraudenstr. 16. v. Below-Hohenhof, v. Berg-Perschel, Gerson Bleichröder, Geh. Ober-Reg.-Rath Boretius, C. v. Dachröden, A. Delbrück, Graf zu Dohna-Sandstein, v. Bordenbach, Geh. Ober-Justizrat Friedberg, A. Hansemann, Freiherr v. Horverber, Graf v. Behndorff-Steinort, Julius Levy, Victor v. Magnus, Meyer-Magnus, Paul Mendelsohn-Bartholdy, J. Menger, Kammerherr und Major z. D. v. Normann, Generalleutnant a. D. v. Prittwitz, Freiherr v. Romberg, Freiherr v. Lingen, v. Scaudl-Julienfeld, v. Scaudl-Larpitsch, Graf v. Schwarzenburg, Reg.-Rath Wulfseim, Polizeipräsident v. Wurmbrand.

Auch die Expedition der Posener Zeitung ist bereit, Gaben anzunehmen.

(Eingesandt.)

In Herrn L. Brökmanns Cirque quadrupane finden nur noch einige Vorstellungen, die legte bestimmt am Sonnabend statt. Wer also dieselben noch nicht besucht hat, versäume das nicht, denn die Leistungen der vierfüßigen Künstler sind in der That sehenswerth.

A. K.

Klavier-Institut.

Den 2. Januar beginnt ein neuer Kursus. Anmeldungen werden täglich von 9 bis 12 Uhr Vormittags angenommen.

V. v. Friedler, Vorsteherin, Bergstraße Nr. 15.

Angelommene Fremde

vom 27. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Rawocki aus Pierwozewo und Berend aus Budzyn, Rittergutsbesitzer Bauer aus Nogradowice, die Landwirte Morgenstern aus Schwierenz und Wollenhaupt aus Sobieskrone, die Kaufleute Schierach aus Berlin und Lipschütz aus Stettin, Gerbermeister Stephan aus Danzig.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Balbach aus Frankfurt, Friedländer aus Breslau und Witkowski aus Lissa, die Gutsbesitzer v. Barde aus Mecklenburg und Falkowski aus Bendlewo, Professor Staar aus Berlin.

BERNSTEIN'S HOTEL. Zimmermeister Schütt aus Czempin, die Kaufleute Reissner aus Schrimm, Landek aus Wengrowiec, Kap aus Rogasen, Schopus aus Breslau, Licht aus Budewitz und Jentes aus Wollstein.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Blau aus Stettin, Lewy, Kobrat und Richter aus Breslau, Hammerstein, Radisch und Mannheim aus Berlin und Matthias aus Eberfeld, Rittergutsbesitzer Izyg aus Chepzig, Rechtsanwalt Barg aus Birnbau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Czapski aus Kujawy, v. Grudzielski nebst Frau aus Gnesen und v. Bielicki aus Polen, Rendant Thielmann nebst Frau aus Kosten, die Kaufleute Meyer aus Bremen und Stuttgart aus Leipzig.

SCHWARZER ADLER. Frau Kiedrzynska aus Modlibok, Gutsbesitzer v. Kurovski nebst Frau aus Jaroczin, Kaufmann Walter nebst Frau aus Glogau, Bürger Bonarski aus Schrimm.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Stabelowski nebst Frau aus Olonte und v. Rentkowski aus Polen, einjähr. Freiwilliger Graf Poninsti aus Berlin, die Kaufleute Maier aus Kroppen, Rosenthal, Neumann, Eichelbaum, Sänger und Löwenthal aus Berlin, Levy, Redlich und Eisenhard aus Breslau, Aspel-Bett. Insp. Sprengel aus Berlin.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Gans aus Bingen, Jacoby aus Konitz, Joachimsohn aus Samter, Lewin nebst Sohn aus Chodziez, Broddy und Mich aus Oberzycko, Hirschtein aus Czarnikau, Doberszinski aus Wloclawek, Kuttner aus Breslau, Cohn aus Grätz, Rosenberg und Kulinski aus Gnesen und Kaiser aus Löwenberg, Frau Kaufmann nebst Sohn aus Miloslaw, Rabbiner Israely aus Czerniewo.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Aktuar Krieg aus Berlin, Landwirt Dobrowolski aus Kriewen, die Kaufleute Cohn nebst Familie und Scheler aus Grätz, Löwinsohn, Hirsch und Birker und Lischlermeister Karolus aus Breslau.

Aufruf.

(Durch Stoffanhäufung verspätet.)

Nachdem wiederholte Miseranten das Gedächtnis der Provinz Preußen beeinträchtigt hatten, ist durch die beispiellose Rätsel der verlorenen Sommer- und Herbstmonate die Hoffnung des Landmannes, namentlich in der östlichen Hälfte der Provinz, beinahe vollständig vernichtet worden. Da es an lohnender Arbeit mangelt, werden die hohen Getreidepreise dem Armen geradezu unerträglich. Für diejenige Bevölkerung, welche zur Arbeit im Freien fähig ist, werden die aller Orten durch den Staat ins Leben gerufenen oder geförderten Unternehmungen von Kunsträthen, Eisenbahnen und Landesmeliorationen hoffentlich anhaltenden Verdienst gewähren. Für die öffentliche Armenpflege werden die Kreis- und Kommunal-Verbände — so weit es nötig ist, mit staatlicher Unterstützung — zu sorgen haben. Es gilt nunmehr, auf dem Wege freier Vereinsfähigkeit, derjenigen zahlreichen Klasse von Personen beiderlei Geschlechts, welche auf häusliche Arbeit angewiesen und dazu befähigt ist, vor allem Beschäftigung jeder Art, durch Spinnen und Weben, Stricken und Nähen zu vermittelnden, die Vertheilung dieser Arbeit an Ort und Stelle zu betreiben und deren Erzeugnisse zu verwerten.

Um dieses Werk der Nachstreitliebe und des Patriotismus fest zu begründen und über das ganze Vaterland zu verbreiten, sind die Unterzeichneten auf Anregung und unter dem Protektorat Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen zu einem

Hilfsverein für Ostpreußen

zusammengetreten.

Namens und im Auftrage unseres hohen Protektors richten wir an Alle, die zu geben Willens und fähig sind, die gebrechliche Bitte, mit uns einem über 500 Quadratmeilen und über eine Bevölkerung von 1,300,000 Seelen ausgeweiteten Notstande durch Darreichen und Sammeln von Liebesgaben thatkräftig entgegenzutreten. Die Kaufmannischen Korporationen, die landwirtschaftlichen Vereine, die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften und Freunde der guten Sache in allen Teilen der Provinz Preußen werden bereit sein, die von uns aufgebrachten Mittel zu vertheilen. In brüderlichem Zusammenwirken mit allen Vereinen, welche denselben oder verwandte Zwecke verfolgen, insbesondere mit dem vaterländischen Frauenvereine, der unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Königin eine segensreiche Wirksamkeit zu entfalten begonnen hat, wollen wir mit Gottes Hilfe nach Kräften Arbeit geben und Arbeit belohnen. Wir hegen die zuverlässliche Hoffnung, daß unser Beginnen, von den begeisterten Zustimmung Alter getragen, unsern handbenden Mitbürgern wertsame Hülfe bringen und der Provinz, welche dem preußischen wie dem deutschen Vaterlande jederzeit willig ihr Herzblut dargebracht hat, den Dank der Nation abstatte werde.

Jeder der Unterzeichneten wird dankend Gaben entgegennehmen. Wir eruchen alle diejenigen Personen und Vereine, welche unser Unternehmen zu fö-

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Die im Posener Kreise, 1 resp. 1½ Meile von der Stadt Posen belegenen fiskalischen Gewässer, als:

1) der fiskalische Anteil an dem großen See bei Krzyżowni von 619 Morgen,
2) der bei Psarskie belegene kleine Teich von 5 Morgen 116 □ Ruthen und
3) der ebendaselbst belegene große Teich von 9 Morgen 90 □ Ruthen Gläneninhalt sollen von George 1868 ab im Bege der Licitation verauft werden, zu welchem Beufe

am 16. Januar 1868

Bormittags 10 Uhr in unserem Sekretariat vor dem Regierungs-Sekretär Reimann hier selbst Termin steht.

Das Ausgebot der drei Gewässer erfolgt einzeln und sind die Kaufgelder Minima für dieselben:

ad 1) auf	1710 Thlr.
ad 2) auf	389 Thlr.
ad 3) auf	660 Thlr.

zusammen auf 2759 Thlr.

Wer sich beim Bieten beteiligen will, hat zum Nachweis der Zahlungsfähigkeit folglich den 10. Theil des Gebots baar oder in inländischen öffentlichen Papieren nach dem Kurswert zu deponiren.

Die speziellen Veräußerungs- so wie die Licitations-Bedingungen und Regeln können in unserer Registratur hier selbst und im Bureau des königlichen Polizei-Districts-Amts in Sady eingesehen werden.

Posen, den 28. November 1867.

Königliche Regierung.
Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten.

v. Münchhausen.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der am 2. Januar f. J. fälligen Binskoupons der Posener Provinzial-Obligationen erfolgt durch die bietige Provinzial-Institutskasse und in Breslau durch den Schlesischen Bankverein.

Posen, den 9. Dezember 1867.

Der Ober-Präsident der Provinz Posen.

v. Horn.

Następujące wody fiskalne w powiecie Poznańskim o 1 resp. 1½ mili od miasta Poznania położone, jako to:

- 1) Część fiskalna wielkiego jeziora pod Krzyżownikami obejmująca 619 morgów,
- 2) mały staw pod Psarskiem położony obejmujący 5 morgów 116 □ pretów i
- 3) wielki staw również pod Psarskiem położony obejmujący 9 morgów 90 □ pretów sprzedane być mają, począwszy od S. Wojciecha 1868 r. w drodze licytacji. W tym celu wyznaczono termin

und zwar:
Buchstabe C. 62. 63. 99. 103. 111.
Buchstabe D. 118. 119. 120. 126. 132. 133. 140. 144.
Buchstabe E. 167. 169. 173. 184. 189. 192. 194.
Von den Obligationen für den Bau der Märkisch-Posener Eisenbahn (Frankfurt-Guben-Posen) 1675 Thlr. und zwar:
Buchstabe C. 63. 75. 106. 116.
Buchstabe D. 122. 136. 146. 157.
Buchstabe E. 165. 179. 196.

Diese Obligationen werden den Inhabern hierdurch zum 1. Juli 1868 mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Rückgabe der Obligationen und der dazugehörigen Binskupons der späteren Fälligkeitstermine von dem genannten Tage ab bei der Kreis-Kommunal-Kasse hier selbst in Empfang zu nehmen.

Auch werden die Inhaber der bereits früher aufgerufenen, bis jetzt aber immer noch nicht präsentierten Obligationen von Serie I.

Aus der Verloosung pro 1865
Buchstabe E. Nr. 171. — 25 Thlr.

Aus der Verloosung pro 1866
Buchstabe C. Nr. 73. und 108. a 100 Thlr.
Buchstabe D. Nr. 134. — 50 Thlr.

Buchstabe E. Nr. 157. und 177. à 25 Thlr.

Von den Obligationen für den Bau der Märkisch-Posener Bahn.

Aus der Verloosung pro 1866
Buchstabe D. Nr. 127. über 50 Thlr. an deren Erlösung wiederholt erinnert.

Wolstein, den 20. Dezember 1867.

Die kreisständische Kommission.

Bei der am 16. d. Vrs. privilegiennmäßig erfolgten Auslösung von Breslauer Kreis-Obligationen sind nachbenannte Buchstaben und Nummern gezogen worden:

Von Serie I. 3025 Thlr. und zwar:

Buchstabe A. 69.

Buchstabe B. 127.

Fournier-Auktion.

Montag, den 30. Dezember früh von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokal Magazinestraße 1., eine große Partie Mahag.-Fourniere für auswärtige Rechnung öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern. **Rychlewski,** Königl. Auktions-Kommissar.

Wein-, Cigarren-Auktion.

Dienstag, den 31. Dezember er. früh 9 Uhr, werde ich im Auktionslokal Magazinestraße 1., Cigarren, echte französische Rothweine, Champagner und Rheinweine, sowie diverse Kleiderstücke &c. versteigern. **Rychlewski,** Königl. Auktions-Kommissar.

Eine kleine häusche Villa, mit Scheune und Stallung und 5 Morgen großen Obst- und Gemüsegarten in dem Bade- und Lustort Obernigk. in 3/4 Stunden per Bahn Breslau zu erreichen, soll spottbillig versteigert oder auf ein Gut von 100 bis 200 Morgen verkauft werden.

Die Bestigung vergisst sich jetzt schon an Bade- und Gemüse über 10 Mille, später mehr. Vorzüglicher Ruhesitz für Pensionäre. Näheres bei dem Director **Dr. Claisé** in Obernigk.

Mühlen-Verkauf.

Eine vorzüglich eingerichtete Wasser- und Dampfmühlerei, unmittelbar an der Eisenbahn, zwischen zwei Hauptstädten belegen, mit ausgezeichnetem, nach den neuesten Erfahrungen eingerichtetem Werk, guten neuen Gebäuden &c., soll eingetretener Umstände halber sofort verkauft werden.

Es gehören außer den Betriebsgebäuden, Kohlen- und Torschuppen, noch 1 Bäckerei und Krug-Wirtschaft, die 175 Thlr. Miete bringt, und 2 Familienhäuser, die 125 Thlr. Miete bringen, so wie 5 Morgen Gärten und 11 Morgen vorzüglicher Forstwiesen dazu.

Preis 34,000 Thlr. mit geringer Anzahlung.

Hypotheken fest.

Näheres auf frankte Anfragen zu erfahren bei **Ph. Salomon** in Angermünde.

Am 8. Januar 1868 von Vormittags 9 1/2 Uhr werden im Forsthaus zu Neugandau gegen gleich baare Zahlung, Kiesern Bauholz, eichen und elsene Augenden, eichen, elsen und Kiesen Kloven- und Asch-Holz versteigert. Die Abfahrt zur Bahn ist sehr bequem.

Die Forst-Verwaltung.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Vom 2. Januar 1868 ab werden die Renten für das Jahr 1867 nach den durch das Konsistorium unter dem 30. April c. und durch die Rechenschaftsberichte bekannt gemachten Beträgen gegen die mit Lebens-Alter versehenen fälligen Kupons bei unsern sämtlichen Agenturen zur Auszahlung gelangen. Berlin, den 16. November 1867.

Direktion der preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Wir erlauben uns bei Gelegenheit dieser Bekanntmachung darauf aufmerksam zu machen, daß die Anzahl lediglich dem Gemeinwohl gewidmet und allen Personen ohne Unterschied des Standes, Alters, der Gesundheitsbeschaffenheit zugänglich ist. Sie sichert den Theilnehmern eine Jahrestrente, welche bis auf 150 Thlr. pro Einlage steigen kann.

Der Betrag einer vollständigen Einlage ist 100 Thlr.; es können jedoch auch unvollständige Einlagen von 10 Thlr. an gemacht werden.

Statuten und Prospekte können bei den unterzeichneten Agenturen unentgeltlich in Empfang genommen werden, auch sind dieselben zur Erteilung jeder weiteren Auskunft gern bereit.

Die Haupt-Agentur in Posen

M. Kantorowicz Nachfolger,

Comtoir: Friedrichstraße Nr. 30.

Die Agenten

in Krotonchin Herr **B. Behrend**, Lissa Apotheker **G. Plate**, Weserik Kaufm. **H. Clemens**,

in Rawicz Kaufm. **Rob. Pusch**, Rogasen **H. Woltheim**, Schmiegel **Jacob Hamburger**.

Posen, im Dezember 1867.

P. P.

In Folge des am 1. Januar 1868 in Kraft tretenden Postgesetzes, nach welchem im ganzen inneren Verkehr des norddeutschen Bundes und des deutsch-österreichischen Post-Verbandes alle Briefe 1 Sgr. Porto kosten, wenn dieselben frankirt sind, eruchen wir Sie höchstlich, Ihre Briefe von diesem Zeit-Termin ab gefällig franko senden zu wollen, indem alle gewöhnlichen Briefe auch unsererseits von da ab Ihnen franko zugehen werden.

Nach dem genannten Gesetz wird für jeden Brief (auch aus der geringsten Entfernung) 1 Silbergroschen Strafporto entnommen, der nicht frankirt ist; es liegt also in unserem Interesse franko gegen franko zu korrespondiren.

S. Tucholski.
S. Kantorowicz.
S. Heiman Kantorowicz.
H. Moral Sohn.
F. W. Mewes.
Julius Aschheim.
Robert Kaul.
Nathan Charig.
J. Bendix.
Jacob Sluzewski.
Z. Zadek & Comp.
C. Bardfeld.
Louis Hirschfeld.
G. Schonecker.
S. H. Korach.
S. Basch.
Max Rosenberg.
Louis J. Löwinsohn.
J. Neugedachter.

Mit achtungsvoller Ergebenheit Aronsohn & Schlesinger.
Gebr. Cohn.
T. Munk.
Salomon Beck.
Lippmann Levy.
Gebr. Plessner.
Bernhardt Levy.
Meyer Gutmacher.
Julius Bork.
Isaac Plessner.
Aron Fürst.
A. M. Jacob's Wwe.
Louis Adolph.
Hartwig Goldschmidt.
Adolph Katz.
K. Zupanski.
Gebr. Asch.
Th. Davidsohn.

Montag den 30. d. Ms. bringe ich mit dem Frühzuge einen großen Transport frisch-mellender Neßbrüder Ähne nebst Külbbern in Seilers Hotel zum engl. Hof zum Verkauf. **J. Kłakow.** Viehhändler.

Gin bis drei hundert Hammel werden gekauft vom Domini. **Lagiewniki** bei Alecko.

Am 11. Januar 1868 Mittags 1 Uhr eröffne ich den Verkauf eines jähriger Böcke. Die verkaufsten Tiere können auf Wunsch der Herren Käufer 2 Monate hier stehen bleiben und sind bis dahin auch zu bezahlen.

Ferner teile mit, daß meine ganze Wollherde bis zum 1. Juli 1868 zu verkaufen beabsichtige, da eine zweite Stammherde errichtet.

Alt-Pannigrodz bei Cracow.

Max Bertram.

In Frankreich, Portugal, sowie in Hamburg und Köln prämiert mit Silber- und Bronzemedaillen die Echte Lairitzschen Waldwoll-Fabrikate und Präparate.

Zum Gicht- und Rheumatismus-Leidenden empfohlen durch die

alleinigen Niederlagen von **Eugen Werner**, Wih.-Pl. 5.

H. Kirsten Ww., Bergstr. 14.

M. Plasterk in Grätz.

Schlittschuhe u. Schlittschuhrieme für Herren und Damen empfehlt.

W. Stange,

Markt- u. Breslauerstrasse-Ecke 60.

Neujahrskarten,

ernsten und humoristischen Inhalts, in grösster Auswahl empfehlt

E. Güttler, Breslauerstr. 20.

Dr. Pattisons Gichtwatte

lindert sofort und heilt schnell

Gicht und Rheumatismen

aller Art, als: Gesichts-, Brust-, Hals- und

Bahn-Schmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegelenk-

Heiderreissen, Rücken- und Lendenweh.

In Paketen zu 3 Sgr. und halben zu 5 Sgr.

Amalie Wulke, Wasserstr. 8/9.

Heute und die folgenden Tage:

Fortsetzung

des großen Uhren-

Ausverkaufs, en

gros & en détail un-

ter Garantie.

Alte Uhren, Gold

und Silber werden in

Bahlung genommen.

Nur am Markt

Nr. 44., Ecke der Büttelstraße, 1 Treppen, vor-

mals Café Bellevue, durch Kunst- und Hof-

Uhrmacher

Ch. Benzing.

Ein Wagen von 60 bis 70 Ctnr. Tragkraft

wird zu kaufen gesucht Breslauerstr. 2. 1 Tr.

2 Schreibpulte und Ladenregale werden

gekauft Breslauerstraße 2. 1 Tr.

Ein Rollwagen, in gutem Zustande, wird

zu kaufen gesucht Gr. Gerberstraße 25.

Chemiker Dr. Hauck's

ozonisirter Dorsch-Leberthran,

a Flasche 12 1/2 Sgr., bei Schwindsüchten,

Strophulus Leiden u. s. w. vielfach

bewährt, ist in Posen nur allein bei Herrn

Hofapotheke Dr. Mankiewicz zu haben.

Kontobücher

in grösster Auswahl, sowie Kopirbücher, welche ohne Anwendung einer Kopipresse die deutlichsten Kopien liefern, und **Conto corrente** in verschiedenen Formaten empfiehlt

Salomon Lewy, Breitestraße 21.

Pr. Loose. v. Goldberg's Lotterie-Com. toir, Montbijoupl. 12. Berlin.

Preussische Lotterie-Loose verkauft und versendet am billigsten

Sutor, Landsbergerstr. 47. Berlin.

Am 8. Januar beginnt die kgl. preuss. Staats-Lotterie, mit Gewinnen von 150,000, 100,000, 50,000 Thlr. u. s. w.

ihr erste Klasse.

Hierzu verkauft u. versendet Loose

1/13 Thlr. 1/2 Thlr. 4 1/2 Thlr.

1/8 Thlr. 1/16 Thlr. 1/32 Thlr. 1/64 Thlr.

Alles auf gedruckten Auftheilscheinen, gegen Positivschatz oder Einsendung des Be- trages

die Staats-Effekten-Handlung von **M. Meyer**, Stettin.

NB. Im Laufe der letzten Lotterien fielen in mein Debit 100,000, 40,000, 20,000 und 15,000 Thlr.

Lotterie-Anzeige.

Zur ersten Klasse der preußisch-hannoverschen Lotterie, welche am 13. Januar beginnt, empfiehle ich

ganze Loose halbe

à 4 Thlr. 10 Sgr. à 2 Thlr. 5 Sgr.

viertel à 1 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.

Auch sind Lose zur ersten Klasse der Osna- brücker Lotterie vorrätig.

M. Dammann,

königl. preuß. Hauptkollekteur in Hannover, am Bahnhof Nr. 1.

Die nächsten grossen Ziehun- gen der k. k.

Lotterie- Anlehen

finden statt:

1. Am 2. Jänner 1868.

39. Ziehung der Credit-Loose.

Höchster Treffer:

Eine Viertel Million Gulden ö W., niedrigster Treffer fl. 165.

Einlage 3 Thaler pr. Loos und bei Abnahme von 6 Stück à 18 Thaler ein siebentes Stück gratis.

2. Am 1. Februar 1868.

16. Ziehung der östr. fl. 500

Loose.

Höchster Treffer fl. 300,000, niedrigster fl. 600 ö. W.

Einlage pr. ganzes Loos 6 Thaler, Fünftel Thlr. 1. 15 Sgr., oder fl. 2. 30. und bei Abnahme von je 6 Stück ein ganzes oder ein Fünftel Stück gratis.

3. Am 2. März 1868.

19. Ziehung der östr. Staats-

Loose vom Jahre 1864.

Höchster Treffer fl. 200,000, niedrig-

ster fl. 150 ö. W.

Einlage 2 Thaler = fl. 3. 30 süd- deutsch. und 7 Stück à 12 Thaler = fl. 21 süddeutsch.

Die Lose sind auf von der k. k. Re- gierung verabfolgte gesetzlich gestempelte Scheine gefertigt und wird jeder Auftrag nach Erhalt der betreffenden Timmessen sofort von uns mit der be- kannten Geschäftspromptitude und Ge- wissenhaftigkeit ausgeführt.

VOELCKER & Co.

Bankgeschäft

in Wien, Kolowratring Nr. 4.

Zur gefälligen Nachricht:

Postnachnahmen aus den k. k. Staaten nach dem Auslande können nicht nach bestehenden Postverträgen erhöben werden.

NB. Um Missverständnisse zu verme

St. Martin Nr. 23., 3. Etage, finden
Pensionäre freundliche Aufnahme.

Agent

gesucht für Stadt, event. Kreis oder Provinz von **Schroeter Gebrüder** in Hamburg, Großhandlung mit Delikatessen, englischen und anderen Konfitüren. Gef. direkte Anmeldungen nur mit ausreichenden Referenzen erbeten.

Bekanntmachung.

In der königlichen Gärtnerei-Lehr-Anstalt zu Koźmin können noch 2 Freilehrlinge angenommen werden. Die näheren Bedingungen sind im Kotschiner Landrats-Amte und beim Seminardirektor Herrn Stoll zu Koźmin zu erfahren.

Das Kuratorium.

Ein tüchtiger Destillateur, der mit guten Bezeugnissen verseht, findet unter günstigeren Bedingungen bei mir ein dauerndes Engagement. Reflektirende wollen sich bei mir melden.

Adolf Katzenellenbogen in Krotoschin.

Ein Hofverwalter und Wirthschafts-
Eleve findet Stellung vom 1. Januar auf
Czarnyad bei Koźmin.

Ein gut empfohlener Wirthschaftsschreiber, der auch polnisch versteht, findet sofort Stellung auf Dom. **Blotnik** bei Posen. Gehalt 80 Th.

Eine aufs Beste empfohlene thätige Wirthschaftserin, die erfahren ist in der Molkerei und feinem Kochkunst, findet sofort oder Neujahr ein Engagement in **Górtatowo** bei Schwerzen.

Annonce.

Ein der poln. und deutschen Sprache mächtiger junger Mann aus guter Familie, der Lust hat die Dekonomie zu erlernen und Energie besitzt, aber nur ein solcher, findet ohne Pensionszahlung Unterkommen zum 1. März oder April. Wo? ist auf 2. Anfragen zu erfahren in der Expedition dieser Zeitung.

Am 1. Januar 1868 wird eine Lehrlingsstelle in meinem Geschäft vacant.

G. H. Michaelis.

Eine gebildete junge Dame, welche wirtschaftliche Kenntnisse besitzt, in allen seinen Handarbeiten geübt, sehr fertig in Puz, Schneiderei wie Wäsche nähen, befähigt kleinen Kindern den ersten Unterricht zu erteilen, der auch die besten Empfehlungen zur Seite stehen, wünscht unter bescheidenen Ansprüchen ein passendes Engagement.

Zu erfragen in der Expedition d. Btg.

Ein schwarz und weiß kleiner karriertes seidenes Halstuch ist gestern im Stadt-Theater verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe beim Theater-Kastellan abzugeben.

Die Landwirthschaftliche Zeitung

für das Großherzogthum Posen

beginnt mit Januar 1868 einen neuen Jahrgang, wie bisher zu dem Pränumerationspreis von 15 Sgr. vierteljährlich. Sie erscheint wöchentlich bei **R. F. Frank** in Nawicz und ist durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen.

Photographie - Albums

zu 25, 50, 100 und 200 Bildern empfiehlt zu billigen Fabrikpreisen

Joseph Jolowicz, Posen, Markt 74.

Rupert Godwin,

der neueste Roman von Miss E. Braddon, erscheint im nächsten Quartal als Feuilleton der

"Norddeutschen Allgemeinen Zeitung."

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erscheint täglich im größten Zeitungsformat, und ist stets früh, und was noch mehr sagen will, genau über alle wichtigen Ereignisse des In- und Auslandes unterrichtet. Sie ist für jeden, der die Wahrheit über die europäischen Zustände kennen lernen will, unentbehrlich.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung steht daher an Reichthum des politischen Materials keiner anderen Zeitung nach. Alle politischen und sozialen Ereignisse finden darin ihre Besprechung.

Ebenso bringt die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Kunst- und Literaturberichte, die wichtigsten Lokal-Nachrichten, die Börsen- und Handels-Nachrichten, und wendet besonders den landwirtschaftlichen Interessen eine große Aufmerksamkeit zu.

Hierzu kommt noch ein Feuilleton, bald belletristischen, bald belehrenden Inhalts; im nächsten Quartal der obengenannte Roman, welcher von allen englischen Blättern als ein Meisterwerk der beliebtesten Schriftsteller gepriesen wird.

Gleichzeitig empfehlen wir allen Behörden, Privaten und Geschäftsleuten den Inseratenheil unseres Blattes zur Benutzung. Der Preis der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" für Berlin incl. Bringerlohn, so wie für Preußen und das übrige Deutschland mit Einschluß von ganz Ostpreußen ist 2 Thaler.

Monats-Abonnements für Berlin werden in der Expedition erbeten.

Insetate werden pro 5 gespaltene Seiten mit 2 Sgr. berechnet.

Auswärtige Abonnenten sind erachtet, ihre Bestellungen recht frühzeitig zu machen, damit eine vollständige Lieferung des Blattes erfolgen kann.

Bremen, im Dezember 1867.

Die Expedition der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Wir haben erfahren, daß der hiesige General-Herr Schröder, welcher seit vielen Jahren hier thätig ist und sich in jeder Hinsicht als ein tüchtiger, umsichtvoller Beamter erwiesen, zum Wachtmeister ernannt werden soll.

Wir begrüßen diese Nachricht mit Freuden, bedauern aber, daß während wir glaubten, auch in seiner neuen Stellung ihn in unserer Mitte zu behalten, er wo anders designirt sein soll.

Mehrere Bürger aus Krotoschin.

Polytechnische Gesellschaft. Sonnabend 8 Uhr Abends.

Kirchen-Nachrichten für Posen. Kreuzkirche. Sonntag den 29. Dez. Borm. 10 Uhr: Herr Oberprediger Klette. — Nach-

M. 30. XII. A. 6½ R. I. □

D. 31. XII. A. 6 F. □ I.

8½ Schwester.

Mitglieder d. Vereins jung. Kaufleute:

Erscheint jährlich zur General-Versammlung Sonnabend Abend 8 Uhr, pünktlich, da wir wichtige Anträge zu stellen haben.

Viele Mitglieder.

Dezbr. 70—70½ bz. u. Br., Dezbr. 1. Jan. 69½—70 bz. u. Bd., Jan. Febr. 70 bz. Br. u. Bd., Frühjahr 70½ Bd., Mai—Juni 71 bz. u. Bd.

Spiritus fester, gel. 9000 Quart, pr. Dezbr. 19½ bz. u. Bd., Jan. 19½ bz. u. Br., Febr. 19½ Br. & Bd., März 19½ Bd., 1 Br., April 20 Bd., April—Mai 20½ Br. u. Bd., Mai 20½ Br.

Börse - Telegramme.

Berlin, den 27. Dezember 1867. (Wolff's teigr. Bureau.)

Roggen, nachgebend.		Hondsbörse: Matt, still.	
Dezbr.	19½	73½	73
April—Mai	20½	73½	83
Spiritus, behauptet.			Neue Polener 4%
Dezbr.	20½	20	Psandbrieße 84½ 84½
April—Mai	20½	20½	Russ. Banknoten 84 83
Rüböl, matt.			Russ. Pr.-Anl., a. 102½ 102½
Dezbr.	10½	10½	do. do. n. 97½ 97½
April—Mai	10½	10½	

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Posener Marktbericht vom 27. Dezember 1867.

	von		bis
	Br.	Br.	Br.
Keiner Weizen, der Scheffel zu 16 Mezen	3	22	6 3 25
Mittel-Weizen	3	12	6 3 15
Ordinärer Weizen	3	—	3 5
Roggen, schwere Sorte	2	26	3 2 28 9
Roggen, leichtere Sorte	2	22	6 2 24
Große Gerste	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—
Hafre	1	9	1 12
Kohrebrennen	—	—	—
Kutterbrennen	—	—	—
Winterrüben	—	—	—
Winterrappe	—	—	—
Sommerrüben	—	—	—
Sommerraps	—	—	—
Buchweizen	—	—	—
Kartoffeln	—	—	—
Butter, 1 Kug zu 4 Berliner Quart.	—	—	—
Rotter Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—
Weißer Klee, dito	—	—	—
Heu, dito	—	—	—
Stroh, dito	—	—	—
Rübel, rohes, dito	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80% Tralles, am 24. Dezbr. 1867 . . . Kein Geschäft. 27. . . 19 Br. 7 Sgr. 6 Br. bis — Br. — Sgr. — Br. Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Börse zu Posen

am 27. Dezember 1867.

Konds: Kein Geschäft.

[Amtlicher Bericht] **Roggen** sp. Scheffel = 2000 Pf. pr. Dezbr. 70—70½, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69½—70, Jan. Febr. 1868 70, Febr. März 1868 —, März—April 1868 —, Frühjahr 1868 70½.

Spiritus [pr. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Kug) gef. 9000 Quart, pr. Dezbr. 19½, Jan. 1868 19½, Febr. 1868 19½, März 1868 19½, April 1868 20½, Mai 1868 20½.

[Privatbericht] **Wetter**: Frost. **Roggen** fest und höher, pr.

mittags 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn. Dienstag den 31. Dez. Abends 5 Uhr, Jahresabschluß-Gebet: Herr Oberprediger Klette. Mittwoch den 1. Jan. (Neujahrstag), Vorm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.

Petriskirche. Petrigemeinde. Sonntag den 29. Dez. Vorm. 10½ Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Kandidat Goebel.

Dienstag den 31. Dez., Sylvester, Abends 6 Uhr, zum Jahresabschluß: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel.

Mittwoch den 1. Jan., Neujahrstag, Vorm. 10½ Uhr: Herr Kandidat Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel.

Dienstag den 31. Dez., Sylvester, Abends 6 Uhr, zum Jahresabschluß: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel.

Nestadtische Gemeinde. Sonntag den 29. Dez. früh 8 Uhr, Abendmahlseifer, Herr Konfessorialrat Schulze. — 9 Uhr, Predigt: Herr General-Superintendent D. Granz.

Mittwoch den 1. Jan., Neujahrstag, früh 8 Uhr, Abendmahlseifer: Herr Prediger Hermig. — 9 Uhr, Predigt: Herr Konfessorialrat Schulze.

Freitag den 3. Jan., Abends 6 Uhr: Gottesdienst: Herr General-Superintendent D. Granz.

Sonntag den 26. Dezember: Zum zweiten Male: **Heute Ruprecht**. Weihnachtsmärchen mit Gesang in 2 Akten und 1 Vorspiel v. C. Jacobsohn und R. Liederer. Musik v. A. Konrad.

Hierauf zum ersten Male: Eine Kriminal-Geschichte, Posse in 1 Akt von Bruno Saul.

Zum Schluss zum zweiten Male: Die Schöne Salathée, Operette in 1 Akt. Musik v. Franz v. Suppe.

Sonntagnachmittag den 28. Dezbr. Auf allgemeines Verlangen: **Die Valentine**, Schauspiel in 5 Akten von Gustav Freytag.

Sonntag den 29. Dez. Zum zweiten Male: **Die Hugenotten**. Große Oper in 5 Akten. Musik von G. Meyerbeer.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Johanna mit dem Kaufmann Herrn Siegfried Jäffé aus Posen beeindruckt mich statt jeder besonderen Meldung anzugeben.

Leipzig, den 25. Dezember 1867.

Adolph Fränkel und Frau.

Johanna Fränkel.

Siegfried Jäffé.

Leipzig. Verlobte. **Berlin**.

Die gestern erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Hedwig geb. Wunsch von einem muntern Söhnchen beeindruckt mich.

Freunden und Bekannten hiermit ergebenst anzuzeigen.

Berlin, den 26. Dezember 1867.

Franz Lampel.

Heute früh 4½ Uhr entricht uns der Tod unser am 19. Juni d. J. geborenes Söhnchen Friedrich Konrad. Freunden und Bekannten widmen wir diese Anzeige mit der Bitte um stilles Beileid.

Biffa, den 26. Dezember 1867.

Rechtsanwalt Koerbin und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindung. Dr. D. Sichter mit Erl. G. Rieff in Berlin.

<b